Dienstag, 27. November 1923. **Einzelnummer 15000 Mark.** 62. Jahrgang. **Nr. 269.**

Bezugspreis*) monatl. M.: bei der Geschäftsstelle 500 000, bei den Ausgabestellen 505 000, durch Zeitungsboten 510 000, durch Post inkl. Geb. 513 000, ins Ausland 700 000 poln. M. in deutscher Währg. nach Kurs.

*) Die obigen Preise gelten nur als Grundpreise. Der Verlag behält sich das Recht vor, bei zu großer Teuerung eine Nachforderung für den laufenden Monat zu fordern.

Posener Tageblatt
(Posener Warte)

Erscheint an allen Werktagen.

Anzeigenpreis: f. d. Millimeterzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens ... 10 000 M, Reklameteil 25 000 M.
für Aufträge aus Deutschland: Millimeterzeile im Anzeigenteil 10 000 M, Reklameteil 25 000 M in deutscher Währung nach Kurs.

Postscheckkonto für Polen: Nr. 200 283 in Posen. Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Fernspr. 2273, 3110. Telegr.-Adr.: Tageblatt Posen.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Die Warschauer Regierungskrise. Michalskis Opposition gegen Kucharski

(Warschauer Sonderbericht des „Pos. Tagebl.")

Daß eine schwere Krise innerhalb der Regierung ausgebrochen ist, zeigt sich schon darin, daß in den letzten Tagen immer wieder eifrige theoretische Erörterungen darüber angestellt wurden, wie man am besten ein Koalitionskabinett zusammenstelle. Es solle ein unparlamentarisches Kabinett werden, in dem jede der vertretenen Parteien, je nach ihrer Stärke, Ministersessel erhielte. Man nannte auch schon ein paar Namen als Minister. Aber wenn man wirklich daran gehen sollte, nach dem Koalitionsrezepte die Ministerküche zu bereiten, dann wird es sich zeigen, wie unendlich schwer die Ausführung sein wird. Weshalb wir auch vorläufig es für überflüssig halten, auf alle die Kombinationen einzugehen, die augenblicklich in den Wandelgängen des Sejm herumspuken.

Aber die Spaltung ist da, und ihre ernsteste Ursache ist der Finanzminister Kucharski. Oder vielmehr sein Projekt der Valorisierung der Steuern und der Emissionsbank. An der Spitze der Opposition gegen Kucharski steht kein geringerer, als der frühere Finanzminister Michalski, dem sich übrigens auch Korfanty angeschlossen zu haben scheint. Ersterer gehört dem Christlichen Volksklub, letzterer dem Christlich-demokratischen an und ist zudem der wichtigste Mann in der jetzigen Regierung. Man begreift also die Verwirrung, die innerhalb des Kabinetts herrschen muß. Michalski faßte seine Kritik in folgende Punkte zusammen: Ein Valorisationsgesetz kann mehrfacher Art sein. Es kann die Ausgaben und die Einnahmen (Steuern) umfassen oder sich allein auf die Einnahmen beziehen. Das Gesetz Kucharskis hat nur Wirkung auf die Einnahmen (Steuern). Die Währung kann entweder auf die inländische oder eine ausländische sich gründen. Drittens kann die Valorisierung eingeführt werden gleichzeitig mit einer vorher genau in den Einzelheiten festgesetzten Valutareform, oder es kann ganz unabhängig von der Valutareform mit der Valorisierung begonnen werden.

Der Klub des Herrn Michalski ist nach sorgfältigster Prüfung zu der Überzeugung gekommen, daß die Valorisierung sehr nötig ist, daß man sie aber durchführen muß nach einem zusammenhängenden und genau präzisierten Finanzsanierungsprogramm, der auch ganz genau bestimmte Zeittermine vorsieht. Dann darf sich die Valorisierung nur auf die eigene Währung stützen. Und endlich muß die Valorisierung die Gesamtheit des wirtschaftlichen Lebens umfassen.

Da aber der Ausschuß nicht in dieser Weise das Gesetz ausgearbeitet hat, unterliegt es folgender Kritik:

Die Währungseinheit wird in verschiedenen Terminen nach dem Stand der Warschauer Börse und dem Kurse des englischen Pfundes festgesetzt. Wenn aber in Neuyork, wie dies in den letzten vier Wochen der Fall war, das englische Pfund stark zurückgeht, so bezahlen wir auch weniger Steuern. Die Börsenspekulation wird also wieder für unser wirtschaftliches Leben, unseren Goldfrank und unsere Steuerzahlungen maßgebend sein. Die Börsenspekulation bleibt also unser Diktator. Die Börse wird also zum Ankauf fremder Valuten zur Sicherung des Geldes treiben. Das führt zur Hausse der fremden Valuten. Das Gesetz dient also lediglich dazu, die polnische Mark noch weiter zu entwerten und gänzlich zu zertrümmern. Für dieses entwertete Geld müssen wir aber unser Brot kaufen. Da aber unsere Einnahmen mit den Ausgaben unzerreißbar zusammenhängen und die Ausgaben stets stärker wachsen als die Einnahmen, so kommen wir zu einer geradezu unfaßbaren und phantastischen Inflation. Die Konsequenz ist eine noch weiter gehende Teuerung mit ihrem Gefolge von Streiks und Arbeitslosigkeit. Als Beispiel hierfür können uns Deutschland und Ungarn dienen. Übrigens auch der theoretische Złoty, den wir selber eingeführt haben. Denn auch dieser theoretische Złoty hat nur eine allgemeine Teuerung herbeigeführt. Michalski und sein Klub können also nur für ein Valorisierungsgesetz stimmen, das den von ihnen gestellten Forderungen entspricht. Und diese Forderung bezieht sich darauf, daß die Valorisierung in engster organischer Verbindung mit der Valutareform und der Einführung der Notenbank geschieht.

Man sollte meinen, daß nach einer solch vernichtenden Kritik das Schicksal des Finanzministers Kucharski und seiner Kollegen besiegelt sei und daß sofort die neue Regierung „der Koalition" gebildet werden müsse. Die Presse der Rechten dementiert aber das Vorhandensein einer Krisis. Die „Gazeta Poranna" sagt, das monatliche Defizit betrage 50—60 Millionen Goldzłotys. Zwei Drittel davon verschlinge die Eisenbahn. Hier solle also die weitere Sparsamkeit ansetzen. Schon im Januar solle mit dem Druck neuer Noten aufgehört werden. Und hiermit beginne die Valorisierung der Mark. Dann aber könne auch die Notenbank eingerichtet werden. Also nach dem Programm des englischen Sachverständigen Young: **erst die Stabilisierung der Mark und dann die Notenbank.**

Man kann ruhig sagen, daß diese Ansicht, als könne man mit allerhand Mätzchen die Mark stabilisieren, sich als total irrig erweisen muß. Und wenn wirklich innerhalb der Regierung ein solches Notprogramm in letzter Minute zustande gekommen ist, so beweist das nur, daß die Regierung die Demission hinauszögern will. Eine Rettung aber der Regierung oder der Finanzen wird damit nicht erreicht.

Der Kriegsminister Szeptycki

hat sich, wie erinnerlich, gleich bei der Vorlage des Budgets gegen die Ersparnisabsichten bei der Armee energisch verwahrt. Man hat ihm die Zusage gemacht, daß ihm die abgestrichenen Kredite noch innerhalb zweier Monate aus noch besonders zu schaffenden Einnahmequellen nachgeliefert werden sollen. Offenbar traut der Kriegsminister diesen mysteriösen Einnahmequellen nicht. Und nun hat er, nach einigem Zögern, dennoch als Minister demissioniert, und er ist lediglich „Leiter" des Kriegsministeriums geworden. Das heißt, er besorgt die Geschäfte, lehnt aber die Verantwortung ab. Ein solcher Zustand kann nicht dauernd währen, ohne die Regierung noch weiter zu erschüttern.

Die Auslieferung der Abgeordneten Marek, Bobrowski und Stanczyk

bildet einen weiteren Streitpunkt, und zwar diesmal zwischen den Piasten und der Rechten, vor allem den Nationaldemokraten. Letztere wünschen unversöhnlich diese Auslieferung der an den Krakauer Unruhen beteiligten sozialistischen Abgeordneten, ohne zu warten, bis die Gerichte entschieden haben, ob das Material genügt, diese Auslieferung überhaupt zu verlangen. Die Piasten aber haben nun beschlossen, daß es unmöglich sei, in dem jetzigen Stadium der Angelegenheit für die Auslieferung einzutreten. Der Zankapfel bleibt bestehen. Und wenn auch in der Freitagsitzung des Sejm der Zwist nicht zum offenen Ausbruch gekommen ist, so kann doch jede neue Tagung des Sejm die inneren Zersetzungserscheinungen, die im Busen der Regierung herrschen, offenbaren. **Man darf also auf die nächsten Tage und Wochen gespannt sein.**

Die Sejmsitzung des 23. November

war, wie schon berichtet wurde, ganz der Besprechung der Valorisierungsvorlage gewidmet. Weitaus der wichtigste Teil der Diskussion bezog sich auf die Rede Michalskis, deren Inhalt wir bereits skizziert haben. Die Stellungnahme des deutschen Klubs wurde durch Zerbe dargelegt. Er sagte: Der deutsche Klub stimme für das Gesetz. Auch Zerbe tritt im Namen des arbeitenden Volkes für das Gesetz ein. Er bittet aber den Minister Kucharski, seine etwaigen Sanierungspläne, an die der Redner nicht glaubt, zu erläutern. Denn ohne diese Sanierungspläne sei das gesamte Wirtschaftsleben dem Untergange geweiht. Die Diskussion wurde am Freitag erschöpft, und die Abstimmung wird am Dienstag erfolgen. Dann wird es sich auch zeigen, ob die Regierung wieder durch ein Mehrheitsvotum gerettet werden kann oder nicht.

Kabinettsbildung in Deutschland durch v. Kardorff gescheitert. Albert mit der Regierungsbildung beauftragt.

Nachdem der Rücktritt des Kabinetts Stresemann infolge der Ablehnung des Vertrauensvotums erfolgt war, beauftragte der deutsche Reichspräsident Ebert den Abgeordneten der Deutschen Volkspartei von Kardorff mit der Bildung eines Kabinetts. Kardorff hatte die Zusicherung seines Freundes Stresemann, das Außenministerium zu übernehmen, er hatte auch die Zustimmung der Demokraten und des Zentrums. Doch gelang es ihm nicht, die Deutschnationalen zu gewinnen, denen der neue Mann zu weit nach links stand und nicht genügend für einen völligen Bruch mit der Sozialdemokratie garantierte. Auf den ablehnenden Bescheid der Deutschnationalen hin beschloß die Deutsche Volkspartei, sich von der Kandidatur v. Kardorff zurückzuziehen. Somit erwies sich die Bildung einer großen bürgerlichen Koalition als unmöglich.

Nach dem Scheitern der Mission Kardorffs wurde in Parteiberatungen festgestellt, daß eine regierungsfähige Koalition überhaupt nicht gebildet werden könne. Der Reichspräsident rief den früheren Reichsminister Albert (Schatzminister im Kabinett Cuno) zu sich und beauftragte ihn mit der Regierungsbildung. Albert soll ein Kabinett aus erfahrenen Politikern bilden, die ohne Rücksicht auf Parteiinteressen arbeiten wollen. Er ist zurzeit dabei, diese Aufgabe auszuführen.

Der Arbeitsminister Braun und der Innenminister Jarres, vielleicht auch noch einige andere Minister des früheren Kabinetts, werden auch dem neuen angehören. Stresemann lehnte die Mappe des Außenministers unter Albert ab. Der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst" meldet, daß das Kabinett am Montag vormittag endgültig gebildet wird, aber erst am Mittwoch sich dem Reichstag vorstellen wird. Die Sozialdemokraten erklären, daß ihre Haltung nicht nur von dem Programm, sondern auch von der persönlichen Zusammensetzung der neuen Regierung abhängig sein wird.

Kardorffs politische Vergangenheit.

Kardorff, der seit 15 Jahren Parlamentarier ist, gehörte, wie sein Vater früher den Altkonservativen an, ging aber vor dem Kriege zu den Freikonservativen über und trat im April 1920 von den Deutschnationalen zur Deutschen Volkspartei über, deren Führer er im Preußischen Landtag wurde.

Die deutschnationalen Forderungen.

Für ihren Eintritt in die Regierung stellten die Deutschnationalen drei Fragen: 1. Vollkommenen Bruch mit der Sozialdemokratie. 2. Die Gewähr einer nationalen Politik. 3. Die Beseitigung der sogenannten sozialdemokratischen Oberherrschaft in Preußen.

Die wichtigste Forderung vom deutschnationalen Standpunkt ist die Sprengung der großen Koalition in Preußen, dessen Landesregierung noch immer unter vorwiegend sozialistischem Einfluß steht, und dessen Ministerpräsident Braun und Innenminister Severing den Leuten von der Rechten ein Dorn im Auge sind.

Außerdem verlangen die Deutschnationalen den baldigen Rücktritt des Reichspräsidenten Ebert.

Durch die Zurückziehung der Kandidatur Kardorffs haben sich die Volksparteiler in die Gefolgschaft der Deutschnationalen begeben. Der Kurs geht also ausgesprochen nach rechts.

Kein Hochverratsverfahren gegen Hitler und Ludendorff.

Unter großem Beifall der Rechten und Pfuirufen von links wurde im Reichstag ein kommunistischer Antrag mit 193 gegen 166 Stimmen abgelehnt, der die Einleitung eines Hochverratsverfahrens gegen Kahr, Ludendorff, von Lossow und Hitler verlangt. Bemerkenswert ist, daß außer den Kommunisten und Sozialdemokraten sowie einem Teile der Demokraten auch ein Mitglied der deutschen Volkspartei, die Abgeordnete Cheimb, für den Antrag gestimmt hatte.

Die europäische Politik der Woche.

Die Pariser Botschafterkonferenz hat in der abgelaufenen Woche eine ganze Reihe von Tagungen abgehalten. Es handelte sich um zwei von Frankreich aufgeworfene Fragen, die wichtige innere Angelegenheiten Deutschlands betreffen. Zunächst um die Rückkehr des früheren deutschen Kronprinzen. Sodann um die Frage der von den Alliierten in Deutschland ausgeübten Militärkontrolle. Wie immer nahm Poincaré eine strafrichterliche Haltung ein und verlangte Sanktionen. England jedoch wirkte hemmend auf seine Rachgier. Der Erfolg der Beratungen war der, daß der französische Premier in wesentlichen Punkten nachgab. Die Auslieferung des früheren Kronprinzen soll nicht verlangt werden, und lediglich die deutsche Regierung soll für etwaige politische Folgen der Rückkehr verantwortlich gemacht werden. In der Frage der Militärkontrolle hat Deutschland eigentlich keine klare Entscheidung erhalten. Einesteils wird erklärt, daß auf den Wiederbeginn der früher geübten Kontrolle, die Poincaré am 1. Dezember wieder aufgenommen wissen wollte, verzichtet werde, andererseits aber wird eine „unverzügliche" Wiederaufnahme der sogenannten „Überwachung" angekündigt. Frankreich mußte aber auf das Recht zu einem isolierten Vorgehen verzichten. General Nollets Befugnisse wurden dementsprechend eingeschränkt.

So ist denn die Entente wieder einmal gerettet. Poincaré hat diesmal gegenüber dem energischen Auftreten Englands nachgegeben, um ein weiteres Zusammenarbeiten mit England zu ermöglichen. Deutschland braucht hierüber nicht unzufrieden zu sein, denn wenn jetzt, wo der Wahlkampf in England bevorsteht, Frankreich freie Hand bekommen hätte, so wären die Folgen vernichtend gewesen.

Der englische Wahlkampf ist von seiten der liberalen Partei durch eine Rede Lloyd Georges in London eröffnet worden. Der frühere englische Premier trat nachdrücklich für den Freihandel ein. Er sagte, manche Leute, die Sorgen hätten, ergäben sich dem Alkohol, die konservative Partei ergäbe sich jedoch, wenn sie Sorge habe, stets den Tarifen. Der Regierung Baldwin sei die Aufgabe, die sie übernommen habe, nicht geglückt. Der Kredit Großbritanniens sei unter ihr sehr gesunken. Die Schutzzölle würden den Handel und die Finanzen Englands in Unordnung bringen und die Lage schwieriger gestalten als je. Wenn der Friede in Mitteleuropa wieder hergestellt sei, so werde der Handel schon wieder von selbst in Ordnung kommen.

Die Not Deutschlands und die kritische Lage dieses Landes haben nicht nur in England, sondern auch in Italien Eindruck gemacht. Mussolini hat in einer Senatsrede äußerst scharf gegen Poincaré Stellung genommen. Die Bestrebungen der französischen Militärdespotie stoßen immer mehr auf Widerspruch, und die Gegenbestrebungen werden immer deutlicher sichtbar. Die Romfahrt des spanischen Königspaares hat auch in dieser Beziehung eine außerordentliche Bedeutung. Der Besuch bedeutet ohne Zweifel den Beginn einer politischen und wirtschaftlichen Annäherung der beiden Mittelmeerhalbinseln. Spanien fühlt sich in der Marokkozone von Frankreich bedroht. Mussolini hat Beschwerden über die Behandlung seiner Volksgenossen in Tunis vorzubringen. Offenbar steht ein neues italienisch-spanisches Mittelmeerabkommen bevor, das naturgemäß seine Spitze gegen Frankreich richtet. Ein Blick auf die Mittelmeerkarte zeigt die Bedeutung eines solchen Abkommens, das die Marinestützpunkte der spanischen Küste und die Balearen mit Sizilien in demselben strategischen System vereinigen könnte.

Poincaré, der in Wahrheit die Rolle eines brutalen, hartherzigen Wucherers spielt, gefällt sich in geradezu grotesker Weise in der Maske eines Schutzherrn Deutschlands vor militärischer Reaktion und eines wohlwollenden Gönners der deutschen Arbeiterschaft, der er, der typische Vertreter der rückständigsten kapitalistischen Ausbeutung, von der bekanntlich auch die polnischen Arbeiter in Frankreich ein Liedlein singen können, sozialpolitische Förderung verspricht. Wie die Rede des Sozialdemokraten Wels in der Donnerstagssitzung des deutschen Reichstages zeigt, hat der große Lothringer mit diesem heuchlerischen Manöver keinen Erfolg gehabt. Die deutsche Sozialdemokratie ist sich darüber klar, daß die Feinde der demokratischen Republik in Deutschland gerade durch die Politik Poincarés bestärkt wurden.

In der staatlichen Münze Deutschlands werden jetzt Rentenpfennige geprägt. In der vergangenen Woche wurden täglich gegen 7 Zentner Einpfennigstücke, das heißt etwa 150 000 Pfennig und eine große Anzahl von kupfernen Zweipfennigstücken hergestellt. Mit der Herstellung von Zehn- und Fünfzigpfennigstücken hat man sich vorläufig noch nicht beschäftigt. Man will erst einmal genügend kleinstes Rentengeld anfertigen, um dem verhaßten Kleingeldmangel vorzubeugen. Mit demselben Hochdruck wie in Berlin arbeiten die staatlichen Münzen in Hamburg, Stuttgart, München, Karlsruhe und Muldenhütte in Sachsen. Auf die Schalter der Reichsbank hat ein großer Sturm eingesetzt von Leuten, die in Paketen, Taschen und Körben Papiermark bringen, um sie in Rentenmarkscheine oder Pfennigstücke umzutauschen. Es steht im Interesse Deutschlands nur zu hoffen, daß das Rentengeld nicht in irgendwelchen Hamsterlöchern verschwindet, sondern

wirklich seinen Kreislauf durch die Portemonnaies, die jetzt wieder zu Ehren kommen sollen, anfängt. Neben dem Rentengeld wird von verschiedenen Ländern und Städten Deutschlands wertbeständiges Notgeld ausgegeben, unter anderem auch von der Reichseisenbahn.

Langsam schleichend entwickelte sich die Kabinettskrise in Deutschland. Schon am Dienstag sollte die Entscheidung fallen. Aber ein rüpelhafter Skandal der Kommunisten machte dem Reichskanzler das Reden unmöglich. Der Reichstag wurde auf Donnerstag vertagt. Am Donnerstag hielt Stresemann eine lange Verteidigungsrede, während schon die Mißtrauensvoten gegen sein Kabinett eingereicht wurden. Auch jetzt kam die Krise nicht zum Abschluß, sondern das Parlament mußte infolge der endlosen Redefülle noch einmal vertagt werden. Endlich am Freitag kam die Sache zum Klappen. Die die Regierung stützenden Parteien brachten selbständig den Antrag auf ein Vertrauensvotum ein, für das aber nur die deutsche Volkspartei und das Zentrum stimmten. Mit 220 gegen 155 Stimmen wurde Stresemann das Vertrauen versagt. Über seinen Nachfolger ist noch nichts Sicheres bekannt. Stresemann zeigt, daß er nicht an seinem Amte klebt. Er hat die Konsequenzen aus der immer anwachsenden Kritik von rechts und links gezogen und ist in Ehren gegangen. Was nun folgt, ist ganz ungewiß.

Der deutschnationale Abg. Hergt hatte in seiner Dienstagrede erklärt: „Mit der Drohung des Abbruchs der Verhandlungen mit Frankreich hätte man den Franzosen gegenüber große Zukunftspolitik treiben können, nicht bloß Gegenwartspolitik. Gegen diese Auffassung wird man einwenden können, daß höchstwahrscheinlich Poincaré gegenüber einer Drohung mit Abbruch der Verhandlungen nicht zurückgezuckt wäre. Es ist ja bekannt, daß die Franzosen ein doppeltes Spiel treiben. Neben der Reparationspolitik geht trotz aller offiziellen Dementis eine Annexionspolitik. Bis in die letzte Zeit hinein hat Frankreich die Separatisten, ganz besonders in der Rheinpfalz, wo General de Metz regiert, planmäßig und mit Energie unterstützt. Die deutsche Regierung mußte sich dem gegenüber auf eine Protestnote beschränken. Bei einem ernsthaften Bruch mit Frankreich würden diese Bestrebungen einen starken Auftrieb erhalten und großer Schaden angerichtet werden. Man macht sich in Frankreich in gewissen Kreisen wirklich ein Bild davon, wie ein bewaffneter Zusammenstoß mit Deutschland vor sich gehen werde. Marschall Foch hat schon ausgerechnet, über welche militärischen Kräfte Deutschland gegenwärtig verfügt, wobei er natürlich in phantastische Uebertreibungen verfiel, die man selbst in Paris als solche erkannte. Jedenfalls wird selbst der größte Heißsporn mit dem Marschall darüber einig sein, daß Deutschland unter den gegenwärtigen Verhältnissen in keiner Weise für einen Krieg mit Frankreich vorbereitet ist. Deutschland hat den Krieg verloren und muß jetzt die Konsequenzen daraus ziehen. Wenn man dies auch anerkennt, so muß man doch mit aller Schärfe die Politik der Rache und Erniedrigung verurteilen, die Frankreich gegenüber Deutschland für nötig findet und die ihm immer mehr Gegnerschaft und Abneigung unter allen zivilisierten Staaten einbringt.

Die deutsche Sejmfraktion und die Valorisierungsfrage.

Die Rede des Abg. Zerbe in der Freitagssitzung des Sejm hatte folgenden Wortlaut:

„Hoher Sejm! Wir waren Zeugen einer sehr ausführlichen Aussprache über das Gesetz betr. die Anwendung der Steuereinheit bei Steuern und Staatseinnahmen. Die deutsche Sejmvereinigung hat beschlossen, für dieses Gesetz zu stimmen. Im Namen meiner Kollegen, die Vertreter des deutschen werktätigen Volkes sind, spreche ich mich jetzt auch für dieses Gesetz aus und deklariere meine Stellungnahme.

Die besitzenden Kreise der Gesellschaft sehen und sahen immer in der Selbständigkeit des polnischen Staates ein Werkzeug zur Erlangung der möglichst größten Sachgüter. Ihr bürgerliches Empfinden geht nicht in der Richtung, dem Staate das zu geben, was ihm gehört. Es gleicht einer Parodie, wenn diejenigen, welche die Vertreter und Verteidiger eines von ihnen regierten Klassenstaates sind, keine Opfer für ihn tragen. Sie, die besitzenden Klassen, lassen aus rein kapitalistischem Grundsatz eine andere Volksschicht für sich zahlen, — die Schicht der Unbemittelten, die Schicht der Arbeiter, der Kleinbauern und des Mittelstandes. Die ganze Last der Erhaltung des Staates wälzen sie auf die breiten werktätigen Massen ab. Es betrifft dies nicht nur die direkten Steuern, die ungerecht im Verhältnis zur Steuerkraft verteilt sind, sondern in einem noch größeren Maße die indirekten Steuern, die immer mehr das werktätige Volk belasten und die infolge der Teuerung immer mehr die Kaufkraft der Werktätigen, ihre Konsumtionskraft untergraben.

Diese Ungerechtigkeit bei der Besteuerung der Bürger desselben Staates wird noch auf ungeheure Weise durch die Inflationssteuer, welche das Ergebnis einer falschen Wirtschaftspolitik ist, verstärkt. Diese falsche Staatswirtschaft findet zum Teil ihren Ausdruck darin, daß nur ein gewisser Teil der Staatsbürger dem Staatsschatz Steuern zuführt. Denn man kann doch nicht von den wertlosen Abgaben, die erst nach der Ausnützung des Marksturzes bezahlt werden, sprechen! Man muß aufrichtig sagen, daß nur diejenigen, die von ihrer Arbeitskraft leben, die Steuern in der gesetzlich bestimmten Kaufkraft des Geldes zahlen.

Die Staatskasse ist leer. Die Selbstverwaltungen, welche ebenfalls an dem Wertrückgange der Steuern leiden, wenden sich an den Staat und fordern Kredite. Aber die Regierung hat aus nichts zu schöpfen.

Die Regierung mußte, ob sie wollte oder nicht, zur Valorisierung der Staatseinnahmen schreiten. Aber sie tat es nicht in dem Maße, wie sie es hätte tun müssen. Die Regierung und die Parteien der Großagrarier und Großindustriellen, denen es um die eigene Tasche geht, gestatteten nicht die Valorisierung der Kredite, die ihnen der Staat erteilt. Das mußten sie tun, um sich auf Kosten der gewissenhaft zahlenden Bürger bereichern zu können, um dadurch, wenn auch nur zum Teil, die auf sie entfallenden valorisierten Abgaben zu schwächen.

Aus diesem Grunde schließe ich mich dem Antrage der Regierungsopposition an, daß alle von Staat und Selbstverwaltungsinstitutionen erteilten Kredite die Wertbeständigkeit auf Grund dieses Gesetzes erhalten.

Gleichfalls unterstütze ich auf das tatkräftigste die Resolution, die die Berechnung der Arbeitnehmer-Einkommen auf dieselbe Weise wie die Steuern fordert.

Das Gesetz über die Anwendung der Steuereinheit kann nur ein vorübergehendes Gesetz sein und zieht nach sich als Konsequenz die weitere Sanierung unseres Finanzlebens sowie weitere Gesetze aus dem Gebiete der Finanzpolitik.

Wenn die jetzige Regierung überhaupt einen Sanierungsplan hat, woran ich persönlich nicht glaube, und wenn die erschütterte Stellung des Finanzministers Kucharski ihm noch gestattet, vor dem Sejmforum zu erscheinen, dann würden wir dringend bitten, uns Aufklärung über die weiteren Sanierungsschritte zu geben. Wie ich schon vorhin ausführte, kann dieses Gesetz ohne weitere Sanierungsschritte unser Staatsleben untergraben."

Polen und seine Nachbarn.

Polen und Sowjetrußland.

Wie die „Rußpreß" telegraphiert, sind neuerdings wieder in einer Reihe von Sowjetzeitungen polenfeindliche Artikel erschienen. Die Arbeit in den polnisch-sowjetischen Kommissionen ist überall unterbrochen. Es wurden vielfache Verhaftungen von polnischen Bürgern und Optanten vorgenommen. Am 18. November fand in Moskau eine antipolnische militärische Demonstration statt. Das Volkskommissariat wandte sich an die polnische Gesandtschaft mit der Forderung, das Schild der polnischen Reparationskommission zu entfernen, da die Bolschewisten behaupten, der Termin für das Bestehen dieser Kommission sei bereits abgelaufen.

Dmowskis neue Erklärung über Polen, Frankreich und Deutschland

enthalten zwar in der großen Linie nichts Neues, geben aber im einzelnen manchen interessanten Aufschluß. In der großen Linie wird der Satz wiederholt, daß die „Politik Polens streng friedlich zu bleiben wünsche und ganz darauf gerichtet sei, die finanzielle und wirtschaftliche Lage Polens in Ordnung zu bringen". Im einzelnen erfahren wir aber, daß Polen, welches, wie der Minister ausdrücklich hervorhebt, „keinerlei Mittel zu Sanktionen" hat, sich wegen der Gefahren, die die Rückkehr des Kronprinzen für Polen mit sich bringen könnte, sich an die alliierten Mächte wandte, und daß Polens Stellung in der Militärkontrolle, wie übrigens nicht anders zu erwarten war, ungefähr der Stellung Frankreichs entsprach. Denn anders kann man die Erklärung Dmowskis nicht auffassen, die dahin lautete, daß Polen eine starke und positive Kontrolle verlangen müsse. Also moralisch, wie die beliebte Formel heißt, steht Polen an der Seite Frankreichs, faktisch aber erklärt der Minister, daß Polen kein Mittel besitze, um sich an einer eventuellen Sanktion zu beteiligen, und daß es streng an seinen Friedens- und Nichteinmischungsabsichten festhält. Das ist ungefähr die gleiche Position passiven aber wohlwollenden Verhaltens, wie Polen das bei der Ruhrbesetzung zeigte, wo Polen ebenfalls sich streng von jeder positiven Beteiligung zurückhielt. Und der Minister ist ausdrücklich der Meinung, daß die Erklärung, der ehemalige Kronprinz werde sich streng von jeder politischen Handlung zurückhalten, genüge, um an die Aufrechterhaltung des Friedens zu glauben. Der Wojewode Brejski, der jenen beunruhigenden Aufruf an die Bevölkerung von Pommerellen veröffentlicht hatte, als der Kronprinz noch gar nicht zurückgekehrt war, und der mit der Rückkehr schon den Verlust von Polnisch-Oberschlesien an die Wand malte, hat also offenbar mit seinem Vorgehen die eigene Regierung in Verlegenheit versetzt, und es sollte uns nicht Wunder nehmen, wenn die Nachricht von seinem Rücktritt sich bestätigen sollte.

In der Memel-Angelegenheit verläßt sich das polnische Außenministerium ganz auf den Völkerbund, also auf die gleiche Körperschaft, deren Urteile unter Herrn Seydas gütiger Billigung so heftig angegriffen wurden, als sie den Forderungen der deutschen Minderheiten Recht gab. Herr Dmowski ist klüger als der jetzt unter seiner Führung arbeitende Herr Seyda und er wird wissen, daß man sich nicht auf der einen Seite auf den Völkerbund verlassen und ihn gleichzeitig durch Nichtachtung seiner Beschlüsse brüskieren kann. Aber immerhin ist es keine so einfache Sache mehr, in der Litauen gegenüber einzuschlagenden Politik den richtigen Ton zu treffen, zumal doch auch in diesem so unversöhnlichen Staate sich so etwas wie ein Ausgleichungswille bei einer bestimmten, heute noch von dem an der Macht befindlichen Galwanauskas, bekämpften Gruppe zeigt, wie die allerdings nicht ganz klare Haltung der „in Sicherheit gebrachkten" Führer Waldemaras und Smeton zu beweisen scheint. Das Bestreben Polens geht dahin, wie der Minister wieder bestätigte, sich auf Grund der Erkenntnisse des Völkerbundes, bei unbedingter Anerkennung des Memeler Statuts, einen Transitweg durch Litauen zum Meere zu sichern, aber unter keiner Bedingung irgendwelche Diskussion des heutigen polnischen Gebietes, also der Wilnaer Frage, zuzulassen.

Weit interessanter ist das Verhältnis zu Rußland. Rußland hat vor kurzem an der polnischen Grenze Manöver abgehalten, zu denen es die Truppen aus dem Inneren des Riesenreiches heranzog. Es hat jetzt durch Wigdor Kopp die brenzliche Transitfrage angeschnitten, also lauter Dinge, die an und für sich schon nervös machen können. Nun legte der jüdische Abgeordnete Ringel den Finger auf eine neue und für Polen höchst empfindliche Stelle: das Verhältnis Frankreichs zu Rußland. Aus Frankreich sind wieder einmal zwei Senatoren, der sehr einflußreiche Bürgermeister von Lyon und Führer des bei den Wahlen höchst wichtigen mittleren Blocks, Herriot, und de Monzy „unoffiziell" nach Rußland gereist. Schon einmal war Herriot inoffiziell in Rußland. Er hat dann dem Ministerpräsidenten Poincaré einen genauen Bericht über seine angeblichen oder eingebildeten Erfolge erstattet. Es zeigte sich damals, daß Herriot keinen Schritt unternommen hatte, den er nicht mit der französischen Regierung vereinbart hätte. Für Herrn Dmowski sind diese Wahrheiten natürlich kein Geheimnis. Aber was kann er öffentlich gegen die verbündete französische Regierung aussagen? Soll er in offener Sitzung sich über diese neue Sorge, eine von den unzähligen, die das befreundet Frankreich über Polen bringt, die Haare raufen? Das darf Herr Dmowski nicht. Also sagte er, daß die beiden Senatoren ja gar nicht „offiziell" gegangen seien, daß es sogar Gegner der Regierung wären. Und ferner, daß Polen gar kein Recht habe, in diese Dinge hineinzureden. Das letztere ist leider wahr, ebenso wahr, wie daß Polen ruhig zusehen muß, wie Frankreich Deutschland und im Gefolge hiervon auch Polen wirtschaftlich zugrunde richtet! Aber trotzdem bleibt es doch Wahrheit, was im „Kurjer Polski" der beste polnische außenpolitische Publizist Rosner schreibt: „Wir haben aber wohl ein Recht, zu fordern, daß die weitere Entwicklung der Beziehungen zwischen Frankreich und Rußland nicht über unsere Köpfe hinweg geschieht. . . Also auf dem für Polen wesentlichsten Gebiete der Außenpolitik kennzeichnet sich das Exposé des Ministers durch ein ausgesprochenes Zurückweichen!"

Herrn Dmowskis Rede erinnert an etwas, was Herr Poincaré schon wiederholt gesagt hat: Daß Frankreich Rußland anerkennen werde, wenn nur Rußland die Vorkriegsschulden an Frankreich anerkennen möchte! Und wenn sich Frankreich an Rußland annähert, dann wird es äußerst zweifelhaft sein, ob Frankreich seine „freundschaftliche und selbstlose" Haltung gegenüber Polen bewahren wird. Denn daß Rußland zum mindesten darauf hin-

Die verhexte Stadt.

Eine heitere Spitzbubengeschichte von Karl Ettlinger.

(3. Fortsetzung.) (Nachdruck untersagt.)

II.

„So einen verrückten Kerl hab ich in meinem ganzen Leben noch nicht gefahren!" knurrte der Kutscher vor sich hin, während er mühsam sein Vehikel durch die wartende Menge steuerte. „Ein bißchen verrückt sind ja unsere Kurgäste all, — dafür sind's Kurgäste. Aber da hab ich, scheint's, den Oberhanswurst erwischt."

Eduard Bohnkraut lehnte hoheitsvoll in der offenen Droschke und grüßte herablassend die Kurgäste, die sich vor dem Bahnhof und in der Hauptallee drängten, um dem Maharadscha und ihrer Neugier zu huldigen. Zwischendurch brüllte Eduard ein paarmal: „Hurra! Three cheers for the Maharadscha of Breckendorf!" und schwenkte seinen alten Filzhut, der dabei eine kleine Staubwolke auspustete.

Wer nach dem bisherigen Auftreten Bohnkrauts den kleinen dicken Mann, der in wenigen Wochen seinen fünfzigsten Geburtstag zu feiern gedachte, für einen Flegel und streitsüchtigen Krakehler gehalten hätte, hätte ihm bitter Unrecht getan. Eduard zählte zu den gutmütigen Polterern, die ihre Rührung hinter Lärmen zu verbergen suchen, und die einen polizeilichen Strafbefehl wegen Ruhestörung noch immer für ein kleineres Übel halten als eine öffentlich zerquetschte Träne. Und gerührt war Bohnkraut. Er fühlte es an dem seltsamen Zucken in der Magengegend und an dem Jucken rechts und links der Nasenwurzel. Er merkte es ferner daran, daß unwillkürlich seine rechte Hand in die Hosentasche untergetaucht war und dort das buntkarierte, keineswegs frischgewaschene Taschentuch nervös zerknüllte, um der Versuchung zu widerstehen, es an die Augen zu führen. Nach zwanzigjähriger Abwesenheit sah er seine Heimat wieder, diese Heimat, die er in der ersten Zeit seines Fernseins öfter als einmal ein „gottverfluchtes Kaffernnest" gescholten hatte und nach der er sich später doch manches Mal so heiß gesehnt hatte, daß er ohne Besinnen eine Tausenddollarnote geopfert hätte, nur um fünf Minuten lang wieder durch die Straßen bummeln zu können.

Einfach scheußlich war das damals gewesen, als er eines Morgens in Philadelphia auf dem Fußboden vor seinem Bett erwacht war, weil er im Traum wieder einmal den großen Sandhaufen im Garten seines Vaters mit dem Hosenboden heruntergerodelt war. Eine geschlagene Viertelstunde hatte er damals nach dem Erwachen auf dem Bettvorleger gesessen, die dicken Tränen kugelten über seine dicken Bäckchen in den struppigen Bart (denn er hatte keine Zuschauer und brauchte sich keinen Zwang anzutun), sein pompöses Bäuchlein hob und senkte sich im Rhythmus des Schluchzens; wer weiß, wie lange er noch so gehockt hätte, wäre nicht die Haushälterin mit dem Morgenkaffee ins Zimmer getreten. Worauf Eduard einen Filzpantoffel nach ihr warf und hierdurch sein seelisches Gleichgewicht wieder herstellte.

Als Eduard Bohnkraut vor zwanzig Jahren als Zwischendeckpassagier nach Amerika ausgewandert war, bestand sein ganzes Reisegepäck in einer Pappschachtel und einem derben väterlichen Fluch. Der alte Bohnkraut, ein noch drolligerer Sonderling als sein einziger Sohn, hatte geschworen, er werde keinen Pfennig mehr an die Gläubiger dieses Bengels bezahlen, es sei ihm Wurst, was aus dem Mißratenen werde, der nur durch eine Hexerei des Satans in seine Familie und somit in die schöne dreistöckige Villa, Höhenstraße 74, geraten sein könnte. Freilich hatte es Eduard ein bißchen zu toll getrieben. Wäre das Sprichwort im Recht, demzufolge die Liebe und der Suff den Menschen uffreiben, — der damals noch schlanke Eduard hätte längst bis auf die Nasenspitze aufgerieben sein müssen. Aber Sprichwörter dienen bekanntlich nur dem Zweck, allgemein anerkannte Unwahrheiten in eine handliche Form zu kleiden.

Eduard landete, nachdem er seine Lebenserfahrungen um sämtliche Stadien der Seekrankheit bereichert hatte, in Neuyork, und da er in etlichen Romanen gelesen hatte, daß man es in Amerika mit Leichtigkeit vom Schuhputzer zum Milliardär bringt, beschloß er, Schuhputzer zu werden. Aber sei es nun, daß er die falschen Stiefel erwischte oder daß er die falschen Romane gelesen hatte, das Geschäft lohnte sich nicht. Er erkannte, daß zwischen einer Wichsbürste und dem Säckel des Fortunatus ein grotesker Unterschied besteht, und als sein rechter Ellbogen aus dem Ärmel hervorzugucken begann, faßte er einen zweiten Entschluß: er schrieb seinem Vater nach Breckendorf (Europa) einen Brief.

Er setzte darin dem alten Herrn auseinander, daß es ihm peinlich sei, fremde Menschen anzupumpen, erstens aus solidem Grundsatz, zweitens weil er da nichts bekäme, und daß er es daher vorzöge, sich an Papa zu wenden. Er verlange nichts umsonst, er biete ihm vielmehr seine Firma, bestehend aus einer ziemlich kahlköpfigen Schuhbürste und einer leeren Wichsdose, zum Kauf an. Für tausend Dollars sei das Unternehmen feil, und es sei eine nie wiederkehrende Gelegenheit. Und er hoffe, daß Papa sich dieses Geschäft nicht entgehen lasse, da er sonst gezwungen sei, mittels eines ausführlichen Inserats im „Breckendorfer Tageblatt" einen anderen Käufer zu suchen.

Umgehend traf die verlangte Summe ein, begleitet von einer erneuten Verfluchung. Den Fluch warf Eduard in einen Kanalisationsschacht, für die tausend Dollars kaufte er sich im Süden ein Stück Land und ein paar Stück Vieh. Die Schuhbürste sägte er entzwei, legte sie in die Wichsdose und schickte sie seinem Vater.

Diesmal hatte Eduard Glück. Das Rindvieh vermehrte sich, was ja eine Haupteigenschaft allen Rindviehs ist, das Land vergrößerte sich, Edis Figur fing an, sich zu runden. Leider hatte der Abstinentenbund dort unten keine Filiale. Der Branntwein wäre den Jahresbilanzen Eduards sicherlich auf die Dauer gefährlich geworden, wäre dieser Glückspilz nicht eines Tages zu der Erkenntnis gelangt, daß das Trinken von Branntwein zwar eine Gottesgabe ist, der Verkauf solchen Getränkes aber noch weit, weit herrlicher. Wiederum verkaufte er seine Firma, wieder mit üppigem Gewinn, zog nach Philadelphia und eröffnete eine Schnapskneipe. Jetzt wichste Eduard die Kehlen seiner Gäste, und das rentierte sich trefflich.

(Fortsetzung folgt.)

arbeitet, die östlichen von Weißrussen, Ukrainern und Ruthenen bewohnten Provinzen Polens wiederzugewinnen, ist für niemanden ein Geheimnis. Kommt es aber zu einem Ausgleich zwischen Frankreich und Rußland, so wird Rußland als erste die Bedingung stellen, daß Frankreich sich nicht einmische, wenn Rußland eine „Revision des Friedens von Riga" vorzunehmen gedenken sollte. Und es ist absolut nicht ausgeschlossen, daß Frankreich sich für Rußland entscheiden wird, wenn es zwischen Polen und dem Riesenreiche sein Wahl treffen muß.

Die Aufhebung des Gesundheitsministeriums.

Eine Warnung von berufener Seite.

Die polnische Gesellschaft für soziale Medizin äußert sich in einem Memorial, das dem Staats- und Ministerpräsidenten sowie den Vorstehern der Sejmparteien übergeben wurde, über die Aufhebung des Gesundheitsministeriums. Die Gesellschaft erklärt diesen Schritt als schädlich für die Interessen des Staates. Die medizinische Gesellschaft sieht die einzig mögliche Lösung in der Unterstellung aller Abteilungen des Gesundheitsministeriums unter das Ministerium der Arbeit und soziale Hilfe mit einem fachmännischen Unterstaatssekretär an der Spitze. Folgende Gründe werden angeführt: 1. Die sanitären Angelegenheiten lassen sich von dem Tätigkeitsbereich des Ministeriums für Arbeit und Sozialhilfe nicht absondern. 2. Diesem Ministerium sind bereits die Krankenkassen unterstellt. 3. Die vom Arbeitsminister geführte Sozialpolitik steht in enger Beziehung zu der Politik auf dem Gebiete des Gesundheitswesens. 4. Die Teilung der Angelegenheiten der öffentlichen Gesundheit zwischen verschiedenen Ministern muß ein Chaos herbeiführen, macht die Führung einer einheitlichen Sanitätspolitik nicht möglich und macht die Ärzte erster und zweiter Instanz von einigen Zentralbehörden abhängig. 5. Die Erfahrung in den westeuropäischen Staaten lehrt, daß die Übertragung des Gesundheitsdienstes an verschiedene Ministerien dem Staate großen Schaden und auch übermäßige Ausgaben verursacht. 6. Die westeuropäischen Staaten hatten bisher die Hauptzentrale ihres Gesundheitsdienstes beim Innenministerium. Gegenwärtig aber haben 23 Staaten in der Welt, darunter England, Frankreich, die Tschechoslowakei und Rumänien den Gesundheitsdienst vom Innenministerium abgetrennt und statt dessen ein besonderes Gesundheitsministerium geschaffen, das mit dem Ministerium für soziale Hilfe verbunden ist.

Pressestimme.

Über dieselbe Frage verbreitet sich der „Kurjer Polski" in Nr. 316. Er erklärt, daß es nicht darunf enkomme, ob die Sanitätsverwaltung ein Ministerium, ein Unterstaatssekretariat oder ein Departement sei. „Alle Änderungen in der bestehenden Organisation des Sanitätswesens sind jedoch, namentlich in unserer geographischen Lage, für uns ein gefährliches Spiel, selbst dann, wenn die dadurch entstehende unvermeidliche Hemmung und Verwirrung nur einige Wochen dauern sollte. Das Ausland interessiert sich gerade für dieses Problem sehr lebhaft, und wir wissen nicht, ob es nur ein Zufall ist, daß im Augenblick, wo die Verwirklichung der Reform des Sanitätswesens bevorsteht, sich im Ausland Pläne zeigen, die z. B. von der Tschechoslowakei eifrig unterstützt werden, den gegenwärtig an unserer Ostgrenze liegenden Sanitätskordon an die Westgrenze zu verlegen." Damit ist eine capitis deminutio für Polen als die bisherige Barriere gegen die Gefahr der östlichen Epidemien verbunden."

Der „Kurjer Polski" weist noch darauf hin, daß es wie eine Ironie wirke, daß gerade jetzt sowohl in der Hauptstadt als auch in verschiedenen Landesteilen ernste Epidemien drohen. „Das Wesentliche der Tragödie des Gesundheitsministeriums liegt darin, daß das fachwissenschaftliche und intellektuelle Moment erst in letzter Linie beachtet wird. Charakteristisch ist, daß in einer so wichtigen und komplizierten Frage, wo fachmännische Verwaltungsfragen ins Spiel kommen, der Leiter der Aktion im Sejm der Herr Amtsvorsteher von Zakopane ist. Darin spiegelt sich das Unkulturelle dieser Aktion, deren Folgen, wenn sie wirklich bis zum traurigen Ende durchgeführt wird, sich schon in den nächsten Monaten ganz offen zeigen werden."

Die Lage in Paris.

In Paris machten am Sonnabend drei Ereignisse großen Eindruck: der Sturz Stresemanns, der Erfolg Poincarés in der Kammer, wo er ein neues Vertrauensvotum erhielt und der Abschluß eines Vertrages mit den Ruhrindustriellen in Düsseldorf und seine Unterzeichnung durch Stinnes. Frankreich und Belgien haben schließlich, um einen solchen Vertrag zu ermöglichen, eine große Konzession machen müssen und sich bereit erklärt, die künftigen Lieferungen sowie auch alle seit dem 11. Januar freiwillig oder zwangsweise gemachten auf Reparationskonto, nicht aber auf ein besonderes Konto zu stellen. Der Düsseldorfer Vertrag betrifft vier Fünftel der gesamten Ruhrproduktion und man erwartet von ihm günstige Folgen. Die Arbeitslosigkeit und die Unruhen werden, so hofft man, aufhören. Auch in London hat der Abschluß dieses Vertrages lebhafte Befriedigung erweckt.

Vertrauen für Poincaré.

Am Freitag legte Poincaré in der Kammer über die äußere Politik Rechenschaft ab und erklärte, daß Frankreich das Recht in Anspruch nehme, selbständig, auch ohne die Verbündeten, das zu tun, was es zu seiner Sicherung für nötig halte. Frankreich unterstütze die Separatisten nicht, sondern „verhindere nur, daß Blut vergossen und die friedliche Bevölkerung massakriert wird". Kurz vor der Abstimmung lief die Nachricht ein, daß „Stinnes kapituliert habe", d. h. vor dem Abschluß des Industrievertrages in Düsseldorf. Diese Nachricht wirkte so, daß Poincaré ein Vertrauensvotum mit ca. 500 gegen 70 Stimmen erhielt.

Die Bestimmungen des Industrieabkommens.

Die deutschen Gruben des Ruhrgebietes sollen pro verkaufte Tonne Kohle 10 Franks Kohlensteuer zahlen. 18 Prozent der Reinproduktion sollen als Sachlieferungen gratis an die Entente gehen. Die für die Metallprodukte von der Ruhrbesetzung festgesetzten Freiheiten sollen bestehen bleiben. Die Ausfuhr soll die Durchschnittsmenge von 1922 nicht überschreiten. Die Steuern, die vom 1. Juni bis 1. November fällig waren, sollen nachgezahlt werden. Französische Blätter geben die ungeheure Summe von 15 Millionen Dollar, in französischer Währung 279 Millionen franz. Franken an. In Anhängen werden Strafbestimmungen vorgesehen, falls die Lieferungen nicht entsprechend ausgeführt werden. Wie die „D. A. Z." meldet, erhält die deutsche Industrie im übrigen wieder die freie Verfügung über ihre Produktion, so daß die Arbeit im Ruhrgebiet nunmehr in vollem Umfange aufgenommen werden kann. In französischen Kreisen betrachtet man das Abkommen als den endgültigen Abschluß des passiven Widerstandes

Die Sitzung der Reparationskommission

am Freitag dauerte 2 Stunden. Sie war vollständig ausgefüllt durch einen etwa zweistündigen Vortrag des Vorsitzenden der Kriegslastenkommission, Staatssekretär Fischer, über die gegenwärtige Wirtschaftslage Deutschlands. Dieser Vortrag wurde durch keinerlei Fragen der Mitglieder der Reparationskommission, die vollzählig erschienen waren, unterbrochen, so daß die deutschen übrigen Delegierten keine Gelegenheit zum Eingreifen erhielten. Die Reparationskommission wird voraussichtlich am Dienstag über die deutschen Darlegungen und die Dokumente, die ihr als Belege von der Kriegslastenkommission überreicht worden sind, beraten. Eine zweite Anhörung der deutschen Delegation würde nur erforderlich sein, falls die Reparationskommission den Wunsch äußern sollte, ergänzende Erläuterungen zu erhalten, oder den deutschen Vertretern gewisse Fragen vorzulegen.

Was sagt die Pariser Presse zu Stresemanns Sturz.

Die royalistische „Action française" bemerkt, die letzten Vorgänge in Deutschland hätten bewiesen, daß das deutsche Volk tatsächlich nicht parlamentarisch regiert werden könne, da der Parteigeist in Deutschland sich in einer Weise bemerkbar mache, wie es kein anderes Land kenne. Deutschland werde entweder zur Monarchie zurückkehren oder in Anarchie verfallen. **Frankreich müsse im Interesse seiner Sicherheit die Anarchie vorziehen.**

Pertinax äußert im „Echo de Paris" Erstaunen darüber, daß manche Leute in Frankreich Stresemanns Verschwinden bedauerten. Er meint, diese Leute hätten offenbar Stresemanns Rede nicht aufmerksam gelesen. Bei der gegenwärtigen Strömung in Deutschland könne nur eine Reichsregierung sich halten, die sich gegen Frankreich wende.

Der „Gaulois" unterstreicht den Kontrast zwischen der gestrigen Abstimmung des Reichstages und dem Vertrauensvotum in der französischen Kammer, in der selbst die Opposition der klarblickenden und gemäßigten Politik eines großen Patrioten zugestimmt habe.

Das „Petit Journal" ist der Ansicht, daß Stresemann unter normalen Verhältnissen ein glänzender parlamentarischer Reichskanzler gewesen wäre, der aber seine Kraft überschätzt habe, als er die gegenwärtigen Schwierigkeiten in Deutschland meistern zu können glaubte.

Die „Lanterne" würde es nicht ungern sehen, wenn die deutschen Nationalisten jetzt gezwungen würden, die Regierungsverantwortung zu übernehmen. Das Blatt meint, aller Voraussicht nach wäre ein rascher und endgültiger Bankerott der nationalistischen Politik sicher. (Was bisher Bankerott gemacht hat, ist nur die sozialdemokratische pazifistisch eingestellte Außenpolitik!)

Die Organe der Linken bedauern den Rücktritt Stresemanns, da er sich nach ihrer Meinung bemüht habe, zu einer Verständigung zu gelangen. Sie werfen Poincaré vor, durch seine ablehnende Haltung diese Bemühungen Stresemanns vereitelt zu haben.

Um den Ausnahmezustand in Deutschland.

In der politischen Aussprache nahm nach erfolgter Abstimmung Reichswehrminister Dr. Geßler das Wort zu einer Auseinandersetzung mit dem Radikalismus von rechts und links. Er gab eine Darstellung der Gründe, die zur Verhängung des Ausnahmezustandes geführt haben. Von vornherein sei klar gewesen, daß nach Einstellung des passiven Widerstandes an der Ruhr der innerdeutsche Kampf aufgenommen würde. Der Aufmarsch von rechts und links sei deutlich zu beobachten gewesen. Beide radikalen Seiten waren sich einig in dem Ziel, die Verfassung gewaltsam zu stürzen.

Der Sinn der Ernennung des Generals von Seeckt zum Inhaber der vollziehenden Gewalt sei der gewesen, daß um die deutsche Republik gekämpft werden mußte, und die Regierung werde diesen Kampf auch gegen Männer wie Ludendorff durchführen. Die Angriffe Geßlers erstreckten sich auch auf Herrn von Kahr und den General von Lossow. Der Minister erklärte, daß es in der Macht dieser beiden gestanden hätte, mit gutem Willen die ganzen bayerischen Putschbestrebungen zu verhindern. Der Minister ging dann auf die vorgebrachten Beschwerdefälle von Sachsen und Thüringen ein und sucht nachzuweisen, daß es sich meist um Entstellungen und Unrichtigkeiten handelt.

Scharfes Vorgehen gegen Plünderer.

Um den sich immer wiederholenden Plünderungen in Berlin vorzubeugen, werden bei den Berliner Landgerichten Sondergerichte eingesetzt werden, die die Plünderer scharf bestrafen sollen und gegen deren Urteile es keine Appellation gibt. Unter den Obdachlosen des Asyls wurde eine Razzia auf Teilnehmer der Plünderungen veranstaltet. Tausende, die nicht genügende Ausweise hatten, wurden auf Lastwagen zum Polizeipräsidium geschafft. Dort wurde eine Anzahl entlaufener Fürsorgezöglinge und steckbrieflich Verfolgter festgestellt.

Die extremen Blätter versiegelt.

Auf Grund des Verbotes der drei radikalen Parteien durch General von Seeckt wurden in Berlin die Räume der „Roten Fahne" durchsucht und versiegelt. Dasselbe widerfuhr dem extrem „völkischen" „Deutschen Tageblatt" des Abg. Wulle. Bei beiden Blättern wurde viel Belastungsmaterial gefunden.

Volle Goldmieten in Deutschland.

Wie aus Berlin gemeldet wird, ist als Hauptposten des künftigen Goldetats des Deutschen Reiches eine Wohnungssteuer vorgesehen, und zwar wird von den „Goldmieten", die vom 30. September nächsten Jahres an wieder erhoben werden können, das Reich 60 Prozent erhalten, während den Hausbesitzern 40 Prozent belassen werden.

An weiteren Steuern sind in Deutschland geplant fünf Quartalsraten der Einkommensteuer, Umstellung der Vermögens- und Erbschaftssteuer sowie Erhöhung der Umsatzsteuer auf 2½ Prozent.

Die Aufwertung der Hypotheken.

Der V. Zivilsenat des Reichsgerichts hat in der Frage der Hypothekenaufwertung in voriger Woche verhandelt, die Verkündung der Entscheidung aber auf den 28. November vertagt. Wir werden das Ergebnis, das für große Kreise der Bevölkerung von maßgebender Bedeutung ist, sofort mitteilen. Es kommt zweierlei in Frage: die Aufwertung dem Grunde nach, über die heute in Rechtslehre und Rechtsprechung fast Einmütigkeit herrscht, und die viel schwierigere Frage, in welcher Höhe die Aufwertung erfolgen muß.

Konferenz der kleinen Entente im Januar.

Zwischen Belgrad, Bukarest und Prag ist eine Verständigung erzielt, daß eine Zusammenkunft von Vertretern der kleinen Entente vom 10. bis 12. Januar 1924 in Belgrad stattfindet. Diese Zusammenkunft war Gegenstand der Besprechung während eines Besuches, den der tschechoslowakische Gesandte Dr. Scheba dem Außenminister Nintschitsch abstattete. In der Konferenz wird die Tschechoslowakei durch Dr. Benesch, Rumänien durch Duka und Südslawien durch Nintschitsch vertreten sein. Für Polen wird der Belgrader Gesandte Okenski der Konferenz beiwohnen.

Sowjetrußland.

Rußland kauft Flugzeuge.

Nach einer Helsingforser Meldung hat die Sowjetregierung in Holland 500 Fokker-Aeroplane vom Dawiltyp bestellt. Die Aeroplane sind angeblich zur Passagier- und Postbeförderung bestimmt. Ein Teil der Aeroplane ist bereits auf dem Luftwege durch russische Piloten nach Rußland versandt worden.

Verstärkung der Grenzwacht.

Die Sowjetregierung ordnete die Verstärkung der polnischen und der lettischen Grenze an, um den Schmuggel zu bekämpfen. Auf den Grenzpunkten wurden die Posten verdreifacht.

Maßnahmen gegen Bourgeoisie und Geistlichkeit.

In den letzten Tagen sind in Moskau zahlreiche Revisionen und Verhaftungen in Kreisen der früheren russischen „Bourgeoisie", unter den Professoren und der russisch-orthodoxen Geistlichkeit vorgenommen worden. Die Zahl der Mitarbeiter der „Tschereswytschajka" soll in letzter Zeit vergrößert worden sein. Sie werden von allen Sowjetbeamten am besten bezahlt. Die kommunistische Agitation in Deutschland hat ungeheure Summen verschlungen.

Ein neues allrussisches Kirchenkonzil.

Ende November wird in Moskau abermals ein allrussisches Kirchenkonzil stattfinden, bei welchem sowohl die altkirchliche Richtung, deren Haupt bekanntlich der Patriarch Tichon ist, vertreten sein wird, als auch die dem Sowjetregime sich anpassende „Lebendige Kirche", innerhalb welcher der Erzbischof Wedenski den größten Einfluß besitzt. Die Hauptaufgabe des Konzils wird in dem Versuch zur Einigung der beiden Richtungen bestehen. Sollte die Einigung gelingen, so wäre sie, wie der Petersburger Berichterstatter des Ost-Expreß meldet, als ein Sieg der Anhänger der konservativen Richtung zu werten. Äußerlich hat freilich die Tichon-Kirche nachgegeben, sich z. B. in die Trennung von Staat und Kirche gefunden und auch den neuen (gregorianischen) Kalender trotz kanonischer Bedenken endlich angenommen.

Achtung!

Stoffe für Anzüge, Mäntel, Bett- und Leib-Wäsche aus erstklassigen Fabriken, sowie **Zutaten für Schneider** empfehlen **J. Blin & B. Arndt, Poznań, Wielkie Garbary 34** (früh. Gr. Gerberstr.)

Günstig! — Preiswert!

Viktoriaerbsen
Felderbsen
Peluschken
Ackerbohnen
Gartenbohnen u.
Wicken

kaufe zu höchsten Tagespreisen und erbitte bemusterte Offerte.

Emil Blum

Danzig, Karmelitergasse 5, Telephon 1166 u. 5255. — Opalenica, Telephon 33.

Korbmöbel

i. saub. Ausführg. fertigt an u. nimmt Bestellg. entgegen

K. Koschitzki, Strzyżewo bei Gnesen. (4177

Roßschwanzhaare und Rohfelle

kaufe und zahle die höchsten Preise.

Poznań, Szewska 15.

Zur gefällig. Beachtung!

Des hohen Portos wegen können wir **Anfragen** an **unsere Zeitung, Buchdruckerei** oder **Versand-Buchhandlung** nicht mehr beantworten, falls **nicht** gleichzeitig die **Portogebühr** für die Antwort beigelegt wird.

Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A., Posener Tageblatt. — Versand-Buchhandlung.

Obwieszczenie.

Uchwałą Walnego zebrania członków spółdzielni **Deutsche Viehverwertungs-Genossenschaft we Wrześni z dnia 4. stycznia 1923 r.** postanowiono zlanie się spółdzielni ze spółdzielnią „Consum" spółdzielnia zarej. z ograniczoną odpowiedzialnością we Wrześni z tem, że podstawą złączenia ma być statut spółdzielni **„Consum".** Uchwałą Walnego zebrania członków spółdzielni **„Consum" we Wrześni z dnia 25. listopada 1922 r.** postanowiono złączyć się z spółdzielnią **„Deutsche Viehverwertungs-Genossenschaft"** spółdzielnia zarejestrowana z ograniczoną odpowiedzialnością we Wrześni — przejmując ją na podstawie statutu spółdzielni „Consum" i pod firmą „Consum" spółdzielnia zarejestrowana z ograniczoną odpowiedzialnością we Wrześni.

Września, dnia 21. lipca 1923.

Sąd Powiatowy.

Ausschneiden! — Ausschneiden!

Postbestellung.

An das Postamt

Unterzeichneter bestellt hiermit 1 Posener Tageblatt (Posener Warte) für den Monat Dezember 1923

Name ....

Wohnort ....

Postanstalt: ....

Straße ....

Es ist höchste Zeit, den Bedarf an künstl. Düngemitteln einzudecken!

Wir liefern gegen Barzahlung und im Tauschwege gegen Kartoffeln und Getreide

Thomasmehl — Superphosphat — Kainit und Kalisalz

20—30—40 prozentige einheimische und ausländische Ware.

Kalkstickstoff — Salpetersäure.

Poznański Bank Ziemian Sp. Akc.

Zentrale: Poznań, ul. Podgórna 10. Abteilung: Landwirtschaft.

Telephon-Nr. 1393. 1394. 3693. 3697.

Filialen: Bydgoszcz, Katowice, Leszno, Ostrów, Grudziądz.

Wer eine kostenlose Kraft haben will, der schafft sich eine

Herkules-Windturbine

an.

Verwendungszwecke:

- Direkter Antrieb von landwirtschaftlichen Maschinen.
- Betrieb von Mahl-Mühlen, Tischlerei-Maschinen, Schlosser- und Schmiedewerkstätten.
- Wasserversorgung für Haus, Hof, Gartenkulturen und von Gemeinden.
- Entwässerung nasser Ländereien, Tongruben und Steinbrüchen.
- Antrieb von Kompressoren.
- Elektrische Licht- und Wasserversorgung.
- Elektrische Zentrale für ländliche Gemeinden.

Anzufragen bei den Vertretern für Polen der Vereinigten Windturbinen-Werke, Dresden-Reick

Zespół Inżynierów **K. Kluck, Poznań,** Hotel Monopol.

Gütertausch.

Tausche mein in Deutschland gelegenes Rittergut gegen ein gleichwert. Objekt in der Provinz Posen (Polen).

2300 Morgen, darin 1000 Morgen Wald. 200 Morgen Rieselwiesen. Guter Boden. Herrschaftliches Schloß in schönem alten Park, Warmhaus, Karpfen- und Forellenteiche. Gebäude massiv. Lebendes und totes Inventar überkomplett. Neuer Dampfpflug. Brennerei mit groß. Brennrecht. Erstklassige Dampfziegelei. Vorzügliche Hochwildjagd. Kleinbahn und Chaussee am Ort. Agenten ausgeschlossen.

Off. unter **„Gütertausch D. 4152"** an die Geschäftsstelle dies. Blattes erbeten.

„Gummischuhe"

(allerbeste Qualität)

Treforn — Wimpassing — Harburg — Wien

zu günstigen Preisen liefert

W. Schlonski

Tel. 5477 — Tel. 5477

En gros — Gummi — techn. Bedarfsartikel — En gros

Poznań, ul. Zwierzyniecka 8. [972

Deutsch-Argentinier, 42 J. alt, in fester Stellung, sucht Bekanntschaft einer Dame, auch Witwe, gleichen Alters, zwecks

Heirat.

Nur solche, welche nach Argentinien gern mitgehen möchten, werden gebeten, ihre Adresse unter **B. 4160** in der Geschäftsstelle dieses Blattes abzugeben.

Weihnachtswunsch.

Frl. a. Kleinst., Mitte 40., angen. Ersch., g. Berg., mit sp. Verm., w. sol., bess., ev. Herrn, Witw. m. K. nicht ausgeschl., zw. **Heirat,** kennen z. lernen. Off. u. **H. 4173** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Sehr selten!

Sofort lieferbar!

Wir bieten, fast wie neu, zum Kauf an:

Handbuch der Architektur, 42 Bde., gebunden. Umfassend die gesammte Bau-Wissenschaft, von hervorragenden Fachleuten bearbeitet, mit sehr zahlreichen in den Text eingedruckten Abbildung.

Eisen im Hochbau. Ein Taschenbuch vom Stahlwerksverband in Düsseldorf herausgegeben.

Vonderlinn, Statik für Hoch- und Tiefbau-Techniker.

v. Mayer, Geschichte u. Geographie der deutschen Eisenbahnen, 4 Bde., geb.

Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A.
Abtl.: **Versandbuchhandl. Poznań,** Zwierzyniecka 6.

Wir bieten antiquarisch, gut erhalten, zum Kauf an:

Fritz Reuter's Olle Kamellen 3 Bde. Groß-Oktavform, mit zahlreichen Holzschnitten und mit Goldschnitt geb.

v. Houwald's sämtl. **Werke** 3 Bde. geb.

Schiller's sämtl. Werke 12 Bde. geb.

Henrik Ibsen's dram. Werke 3 Bde. geb.

Shakespeare's Werke (Ausg. Schlegel-Tieck 1865). 6 Bde. Halbfranz. geb.

Norvins, Geschichte d. Kaiser Napoleon 5 Bde. geb.

Shakespeare's sämtl. Werke Groß-Oktav-Ausgabe, illustr., von Johann Gilbert, 4 Bde. geb.

Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A.

Sofort lieferbar!

Wir offerieren hiermit zum Kauf den **Kalender für 1924,** betitelt:

Deutscher Heimatbote.

Herausg. von **Dobbermann.**

Preis 240 000 M.

Großoktavformat. 192 Seiten mit Illustrationen.

Nach auswärts unter Nachnahme mit Zuschlag v. Porto und Verpackungsspesen.

Angeboten sehen entgegen

Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A.

---

4 fette Schweine

vertausche in gleichem Wert

gegen Möbel.

Meldungen unter **„Möbel 4180"** a. d. Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Evgl. Erziehungsverein. Generalversammlung im kl. Saal d. Ev. Vereinshauses Freitag, 14. 12. 23, nachm. 5 Uhr. 1. Bericht. 2. Jahresrechnung. 3. Etat. (4179

Der Vorstand.

Gold, Brillanten,

schweizer Uhren, Trauringe, Ankauf — Verkauf nehme in Kommission.

Chwilkowski, św. Marcin 40.

Auktion!

Mittwoch, den 28. November, um 11 Uhr vorm. werde ich W. Garbary 19 (Gr. Gerberstr. 19) Ecke Woźna, folgende Gegenstände meistbietend gegen Barzahlung veräußern:

Kompl. Einricht. für Kolonialw.
20 □ Mtr. Kachelbelag für Fleischerladen oder Badezimmer
Küchenofen aus Kacheln
Türen und Fenster
Büfett
Bierapparat m. Tisch
Orchestrion
Sofa
Gasbügelofen mit Eisen
Telephonapparate
Dezimalwagen
Wollstoffe und vieles andere.

Die Gegenstände sind gut erhalten und können 10 Minut. vor der Auktion besichtigt werden. 683

Skotnicki,
Gerichtsvollzieher.
W. Garbary 19 III.

Großer gut erhaltener **Pelzfußsack** mit Muffiaschen zu verkaufen. Zu erfragen in der Geschäftsstelle des Posener Tageblatts Zwierzyniecka 6. (4167

Spielplan des Großen Theaters.

Montag,	den 26. 11., um 7½ Uhr: **„Fra Diavolo",** Komische Oper in 3 Akten von Auber.
Dienstag,	den 27. 11., um 7½ Uhr: **Zweiter „Ballett-Abend".**
Mittwoch,	den 28. 11., um 7½ Uhr: **„Die toten Augen",** Oper in 2 Akten von Eugen d'Albert.
Donnerstag,	den 29. 11., um 7½ Uhr: **„Fra Diavolo",** Komische Oper in 3 Akten von Auber.
Freitag,	den 30. 11., um 7½ Uhr: **„Die Glocken von Corneville",** Komische Oper von Planquette.
Sonnabend,	den 1. 12., um 7½ Uhr: **„Aida",** Oper von G. Verdi.
Sonntag,	den 2. 12., nachm.: **„Die Fledermaus,"** Komische Oper von Strauß.
Sonntag,	den 2. 12., um 7½ Uhr: **„Dritter Ballett-Abend.**

Gebildete Dame, alleinstehend eigene Wohnung in gt. Verhält., evgl. **sucht geistig anregende Freundschaft** eines vornehm denkenden Mannes in den 40er Jahren. Bin große, schlanke, nette Erscheinung. Nur ernstgem. Zuschr. u. **E. 836** an die Geschäftsstelle d. Bl.

Treibriemen

Sander & Brathuhn

Leder — Kamelhaar — Hanf — Draht-Seile

Poznań, ul. Seweryna Mielżyńskiego 23. Telef. 4016

Ehepaar sucht 1 oder 2 möbl. Zimmer mit voller Pension. Offert. m. Preisangabe erb. u. **W. W. Hotel Britania, Poznań.**



Hersteller: **Urbin-Werke, G. m. b. H. Danzig, am Troyl**
Vertreter: **M. Tita, Poznań, Grochowe Łąki 4**

Aus Stadt und Land.

Posen, den 26. November.

Protestversammlungen gegen das neue Mieterschutzgesetz.

In dieser Woche finden in den Wojewodschaften Posen und Pommerellen Protestversammlungen gegen die Annahme der Mieterschutznovelle in der dritten Lesung der Sejmkommission statt. Die Versammlungen werden die Forderungen und Wünsche der Mieter behandeln und dafür eintreten, daß der Rechtsausschuß des Sejm die Forderungen der Mieterverbände für das ehemalige Teilgebiet berücksichtigt.

Es wird u. a. verlangt, daß Geschäftsbetriebe, Räume usw. in der neuen Novelle nicht ausgeschaltet, ferner daß Exmissionsurteile, so lange die Wohnungsnot dauert, nicht gefällt werden. Die Zahlung soll nach dem Verdienst der Bevölkerung und der Valuta des eigenen Landes, und nicht nach dem Schweizer oder französischen Frank berechnet werden. Weiter wird gefordert ein Verbot des Umbaues von Wohnungen zu Banklokalen usw. Verbot der Exmission wegen Umbaues der Häuser und der Grundstücke, Gefängnisstrafen für alle Überschreitungen des Mieterschutzgesetzes sowie für Wucher und Terror, Festsetzung einer Novelle im Sinne des Gegenprojektes, die die Mieterrechtsschutzkommission ausgearbeitet und dem Sejm und der Rechtskommission des Sejm am 8. Oktober 1923 übersandt hat.

Die Wiederaufnahme von Verhandlungen zwischen den Hausbesitzer- und Mieterverbänden, die seinerzeit ergebnislos abgebrochen wurden, ist nur noch eine Frage der Zeit. bw.

Gegen die Preistreiberei der Papierfabriken

richtet sich eine Entschließung, die kürzlich auf einer Tagung der pommerellischen Zeitungsverleger in Dirschau gefaßt wurde. Darin wurde die Regierung ersucht, der fortdauernden Preiserhöhung für Papier durch die Papierfabriken ein Ziel zu setzen, da diese Steigerungen die Existenz der Zeitungen gefährden, deren Verschwinden der Bevölkerung wie dem Staate zum Schaden gereichen müßte.

In welchem Maße die Preise für Zeitungspapier gestiegen sind, ergeben die nachstehenden Zahlen: Im Jahre 1914 kostete 1 Kilogramm Zeitungspapier 22 Pfennige, ein Waggon (10 000 Kilogramm) durchschnittlich 2000 M. Im Februar d. Js. betrug der Preis für einen Waggon Zeitungspapier 1 550 000 M., Ende September 215 000 000 M. und am 20. Oktober 1 120 000 000 M. oder 140 000 M. für ein Kilogramm. — Daß die Papierpreise diese ungeheuerliche Steigerung erfahren konnten, ist teilweise darauf zurückzuführen, daß die Einfuhr von Papier infolge enormer Zollsätze in stärkstem Maße behindert ist, trotzdem die polnischen Papierfabriken kaum 60 Prozent des Bedarfs decken können. Infolgedessen haben die polnischen Papierfabriken gewissermaßen ein Monopol und können daher die Preise nahezu unbehindert in schnellstem Tempo in die Höhe schrauben. Die unausbleibliche Wirkung für die große Allgemeinheit kommt darin zum Ausdruck, daß die Zeitungsverleger gezwungen waren, die **Bezugspreise** ebenfalls bedeutend zu erhöhen.

Einkommensteuerfreiheit für Abschreibungen.

Die Bromberger Handelskammer teilt mit:

„Die Verordnung des Finanzministers vom 11. April 1923, wodurch den Steuerkassen aufgegeben wurde, Abschreibungen auf Abnutzung zu genehmigen, die 30 Prozent dieses Steuerbetrages nicht überschreiten und die dem Gesetz entsprechend der Einkommensteuer unterliegen würden, wenn keine Abschreibungen zulässig wären, hat nur für das Steuerjahr 1923, d. h. bis 31. Dezember 1923, Gültigkeit. Auf einer Konferenz im Finanzministerium wurde uns erklärt, das Ministerium habe noch keine Entscheidung getroffen, ob diese Vorschrift auf das Steuerjahr 1924 übernommen wird, da die Entscheidung abhängig ist vom Text der Novelle zum Einkommensteuergesetz, die noch in diesem Jahre verabschiedet werden muß, und vom Schicksal des Gesetzentwurfs über die Valorisation der direkten Steuern. Da die Bilanzen der Unternehmungen, deren Geschäftsjahr im Jahre 1923 endigt, die Grundlage bilden für die Feststellung der Einkommensteuer für das Jahr 1924, empfehlen wir den Interessenten im Einklang mit dem Wunsche des Finanzministeriums, die Aufstellung der Bilanzen für das Jahr 1922/23 zu verschieben, bis Aufklärung kommt darüber, auf welche Weise die Amortisierung in Sachen der Einkommensteuer erfolgen wird. Die Entscheidung des Finanzministeriums in den hier beregten Sachen fällt im November. Über den Ausfall derselben werden wir nicht ermangeln, die Interessenten zu orientieren.

Unsere Postabonnenten

bitten wir erneut, mit der erbetenen Nachzahlung nicht zu zögern, da die Sache bis Ende November erledigt sein muß. Der Dezember bringt neue Aufgaben und Arbeit. Die Adreßseiten des Abschnittes der Postanweisung oder des Postscheckformulares lassen genügend Raum für den Absender, um die Worte „Für November“ unterzubringen. Dadurch erspart der Absender die Kosten für eine Postkarte.

Die Geschäftsstelle des „Posener Tageblattes“.

Stundungstermin für Eisenbahngebühren. Das Eisenbahnministerium gibt bekannt, daß der Stundungszeitraum für Gebühren die von großen Industrie- und Handelsfirmen an die polnischen Staatsbahnen zu zahlen sind (nur solchen Unternehmen war eine Zahlungsfrist eingeräumt) auf sieben Tage eingeschränkt worden ist. Diese neue Maßnahme hängt mit den Sparmaßnahmen der Staatsschatzverwaltung zusammen.

X **Umsatzsteuern beim Verkauf von Grundstücken** und zwar in Höhe von 4% des Verkaufspreises haben nunmehr auch die Kreise Neutomischel und Lissa eingeführt.

Die Ausfuhrabgaben für Hirse, Buchweizen, Bohnen und lebendes und geschlachtetes Federvieh sind in folgender Höhe festgesetzt worden: von 100 Kg. Hirse 32 000 Mk., von 100 Kg. Buchweizen 42 000 Mk., von 100 Kg. Bohnen, Schoten und Erbsen 80 000 Mk., von 1 Kg. geschlachtetem Federvieh 5000 Mk., für eine lebende Pute 30 000 Mk., eine lebende Gans 20 000 Mk., eine Ente 10 000 Mk., ein Huhn 8000 Mk. Außerdem hat der Finanzminister bestimmt, daß die Höhe der Abgaben für Eierausfuhr vom Oktober-Kontingent auf 2 Pfund Sterling und 2 Schillinge für die Kiste, enthaltend 1440 Stück, festgesetzt wird. Die Abgaben werden von der Überweisung an die P. K. K. P. der Exportvaluta abgezogen.

Miljonówka. In der letzten Sonnabendziehung gewann das Los Nr. 1 063 615.

Für die Altershilfe hat gespendet Familie Paul Kittner in Jasin bei Schwersenz: eine Fuhre Torf, mehrere Zentner Kartoffeln, Gemüse, Mehl und verschiedenes andere. Wer macht's nach? Die Not unter den armen Alten ist sehr groß.

Für die Spinnstube des Diakonissenhauses gingen ein: von Frau von Klitzing-Dziembowo 5½ Pfd., Herrn Dieselkamp-Jannowitz 4 Pfd., Herrn Cäsar-Murkwitz 20 Pfd., Ungenannt durch Schwester Magdalene 2½ Pfd., durch Schwester Auguste-Zirke 6 Pfd., Ungenannt durch Frau Geheimrat Staemmler 2 Pfd. und Frau Giebler-Psarce 3 Pfd. Wolle.

Posener Bachverein. Die für heute, Montag, abend angesetzte Chorprobe kann nicht in der Aula der früheren Berger-Oberrealschule stattfinden, da diese heute anderweitig besetzt ist. Die Damen sind gebeten, sich um 7½ Uhr, die Herren um 8½ Uhr in der Kreuzkirche einzufinden. Es findet nur diese eine Einzelprobe für die Feierstunde am nächsten Sonntag statt. — Stimmbegabte und im Chorgesang geübte Damen und Herren können heute neu eintreten.

Eine große Betrugs- und Fälschungsaffäre beschäftigt, wie die „Deutsche Rundsch.“ schreibt, zurzeit die Kriminalbehörden nicht nur in Bromberg, sondern auch in Warschau und vermutlich auch in anderen polnischen Städten. Es handelt sich um umfangreiche Fälschung von Zigarettenbanderolen und ihre praktische Verwendung. Die Anfänge dieser Kriminalaffäre reichen in den Oktober zurück. Damals wurden die Inhaber einer Bromberger Zigarettenfabrik dabei ertappt, wie sie solche Falsifikate aus Warschau nach Bromberg brachten. Da damals die Herkunft der Falsifikate nicht festgestellt werden konnte, traf die Kriminalpolizei weitere Maßnahmen, um hinter dieses Geheimnis zu kommen, und der Erfolg war überraschend. Anfang November wurden gleichfalls auf dem Bromberger Bahnhof bei einem anderen hiesigen Zigarettenfabrikanten große Mengen falscher Banderolen beschlagnahmt, und im Verlauf dieser Affäre wurden auch eine Reihe von Händlern mit den Falsifikaten und, was die Hauptsache war, deren Hersteller ermittelt. Es handelt sich um Warschauer Leute, die in der dortigen „schwarzen Tabaksbörse“ eine Rolle spielen. Wie es scheint, wurden die Falsifikate in vielen Städten vertrieben, und es ist klar, daß der Staat dadurch sehr erheblichen Schaden erlitten hat. Da die Untersuchung noch nach den verschiedensten Seiten hin im Gange ist, muß von der Angabe von Einzelheiten Abstand genommen werden.

Zur Vorsicht beim Einkauf mahnt folgender Fall, den der „Kurjer“ mitteilt: Auf der ul. Wielka (fr. Breiten Str.) wollte jemand ein Zigarettenetui aus Holz kaufen. Man verlangte von ihm dafür 150 000 Mk. Das war dem Käufer zu hoch. Auf der ul. Wodna (fr. Wasserstr.) kaufte der Betreffende ein genau ebensolches Etui für 17 000 M. Daraus ergibt sich für jedermann die Lehre, nie etwas auf den ersten Hieb zu kaufen, sondern sich erst in anderen Geschäften zu erkundigen. — Dieser Fall läßt sich übrigens mühelos durch zahllose andere Tag für Tag ergänzen. Uns sind Fälle bekannt, die zum Nachdenken geradezu herausfordern. Ein Meter Stoff kostete z. B. in einem Geschäft am Alten Markt 3½ Millionen, gekauft wurde er in einem anderen Geschäft für 1¼ Millionen.

X **Warnung vor dem Erwerb gefälschter Aktien.** Seit einiger Zeit werden hier „hinten herum“ gefälschte Aktien der Firmen H. Cegielski, Roman May, Sarmatia usw. gehandelt. Gestern schwindelte ein Schwarzhändler einem Kauflustigen solche Aktien zum Preise von 4 Millionen Mark an. Sie sind, da sie gefälscht sind, nicht einmal 4 Pfennige wert.

X **Millionendiebstähle.** Gestohlen wurden: aus einer Wohnung am Bernhardinerplatz 3 Wäschestücke im Werte von 7 Millionen Mark, sowie aus einer anderen Wohnung desselben Hauses für 90 Millionen Mark Kleidungsstücke; aus einer Wohnung des Hauses Gr. Gerberstraße 50 Herenkleidungsstücke und eine Damenuhr für 60 Millionen Mark; aus einem Geschäft in der Judenstraße 29 nach dem Einschlagen einer Schaufensterscheibe 20 Meter Handtücherstoff und ein linker Halbstiefel für 50 Millionen Mark; aus einer Garage Wały Kościuszki 1 (fr. Herse-Wall) ein Chauffeurpelz und ein Koffer mit Hemden, Unterbeinkleidern und Strümpfen für 70 Millionen Mark; aus einer Wohnung ul. Rom. Szymańskiego 4 (fr. Wienerstraße) ein Pelz für 100 Millionen Mark; aus einem Altwarengeschäft in der Posener Straße 2 goldene Herren- und 2 goldene Damenuhren, eine Handtasche und 2 400 000 M. im Gesamtwerte von 120 Millionen Mark; am 13. d. Mts. einem Herrn eine goldene Herrenuhr gez. L. M. im Werte von 100 Millionen Mark; aus einer Wohnung des Hauses Przecznica 10 (fr. Wittelsbacherstraße) silberne Löffel, Messer und Gabeln im Werte von 90 Millionen Mark; aus einer Wohnung ul. Małeckiego 38 (fr. Prinzenstraße) ein Pelz im Werte von 300 Millionen Mark.

X **Auf frischer Tat ertappt** wurden heut nacht zwei Einbrecher, die einem Geschäft in der St. Martinstraße 22 einen Besuch abzustatten gedachten, da dieses aber verschlossen war, den Weg durch das Schaufenster wählten, das sie zuvor zertrümmert hatten. Der eine von ihnen, ein gewisser Franz Kornatowski, flüchtete mit zwei Regenschirmen im Werte von 24 Millionen Mark, wurde aber von einem Schutzmann verfolgt und eingeholt. Er widersetzte sich seiner Festnahme und verletzte den Schutzmann mit einem Stein, so daß er sich zur Behandlung ins Krankenhaus begeben mußte. Der andere ebenfalls festgenommene Einbrecher gibt sich für einen Marciniak aus.

X **Beschlagnahmte Diebesbeute.** Bei einer polizeilichen Haussuchung wurden beschlagnahmt verschiedene Wäschestücke, u. a. ein neues Inlett, ein Kinderkopfkissenbezug, gegen 3 Meter Spitzen, ein Brautschleier, 3¼ Meter violettes Band, eine Rolle Twist, ein dunkelviolettes Sommerkleid, ein rotes Trikotkleid, ein schwarzer Volan, 1½ Meter Ärmelstoff, 6 neue Eßlöffel, 9¼ Meter weiße Leinwand, 1 Meter Flausch, eine Parabellumpistole mit 8 Kugeln und der Nr. 2987. Die Sachen können im Zimmer 37 der Kriminalpolizei besichtigt werden. — Ferner wurde ein halbes Schaffell beschlagnahmt, das vermutlich ebenfalls aus einem Diebstahl herstammt und im Zimmer 41 der Kriminalpolizei besichtigt werden kann.

X **Polizeilich festgenommen** wurden am Sonnabend und Sonntag 21 Dirnen, 2 wegen Unzuchtverdachts, 6 Betrunkene, 8 wegen Diebstahls, ein Hehler und ein Obdachloser.

---

hm. **Buk**, 22. November. Ein tödlicher Unfall trug sich auf dem Dominium Brosza zu. Dort waren der Inspektor und der Vogt mit dem Reinigen eines Gewehrs beschäftigt. Plötzlich ging die Waffe los, und die Ladung traf den Vogt, einen verheirateten Mann und Vater mehrerer Kinder, so unglücklich in den Kopf, daß er bald darauf verstarb. — Der Arbeiter Urbaniak aus Wysoczka wurde, als er am Montag auf dem Heimwege begriffen war, in der Nähe seiner Wohnung vom Herzschlag getroffen und war auf der Stelle tot.

□ **Gnesen**, 24. November. In der Nacht zum Sonnabend wurden der Gerichtssekretär Sroka und der Elektrotechniker Żołądkiewicz auf dem Nachhausewege überfallen und so übel zugerichtet, daß sie ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußten. Die Täter sind erkannt und angezeigt worden.

* **Graudenz**, 25. November. Der „Deutsch. Rundsch.“ wird von hier berichtet: Verschiedene Haussuchungen wurden in diesen Tagen hier wieder vorgenommen, besonders bei Mitgliedern des Guttemplerordens und der Freimaurerloge. Auch die Logenräume wurden einer Durchsicht unterzogen und die vorhandenen Aktenspinde versiegelt. Während bei den Guttemplern bis auf die Protokollbücher alles zunächst Beschlagnahmte wieder freigegeben ist, soll die Freimaurerloge ihren Mitgliedern noch nicht wieder zugänglich sein.

□ **Lissa** 25. November. Der Gaspreis ist hier für das Kubikmeter auf 63 000 Mk., der Wasserpreis auf 30 000 Mk., der Preis für elektrisches Licht die Kilowattstunde auf 130 000 Mk., für elektrische Kraft auf 110 000 Mk., für den Ztr. Teer auf 3 Millionen Mk., den Ztr. Koks auf 880 000 Mk., das Kilogramm Benzol auf 200 000 Mk. erhöht worden.

* **Schöneck**, 22. November. Ausgewiesen wurde mit einer Frist von vier Wochen der Kaufmann Żuralski. Der Ausgewiesene war vor einiger Zeit aus dem Freistaat Danzig hier zugezogen.

□ **Tremessen**, 25. November. Hier ist eine Scheune des Händlers Schwersenzer niedergebrannt.

S. **Wongrowitz**. 22. November. Auf dem letzten Wochenmarkt waren viele Fuhren Weißkohl zum Verkauf gestellt; für die Mandel wurden rd 220 000 M. gefordert, es blieb viel unverkauft. Groß war auch das Angebot in Gänsen, für die ziemlich einheitlich 1 2 Mill gefordert wurden, während Enten die Hälfte davon kosteten. Eier und Butter (das Pfund 400 000 Mk) sind auch wieder auf dem Markt zu haben. Barse kosteten 60 000—80 000 Mk., Hechte 90 000 Mk. das Pfund

Musik und Theater in Posen.

Konzert Dygas-Szafrańska.

Donnerstag abend atmete man auf, als man die Universität betrat, um zum Konzert Dygas-Szafrańska zu gehen. Es war geheizt. Bei dem Konzert der Szymanowskis am Sonntag vor 8 Tagen herrschte eisige Kälte im Saal, die, wie es schien, selbst den Pianisten in seinen Leistungen merklich beeinträchtigte. Heute also hatte man ein Einsehen gehabt und die Sängerin nicht der Gefahr, ihre Stimme zu verlieren, ausgesetzt.

Die Damen zuerst! Das ist bei der Besprechung des Konzerts Dygas-Szafrańska nicht nur Höflichkeitspflicht wie immer, sondern entspricht auch dem künstlerischen Eindruck. Gewiß war Frau Szafrańska indisponiert, man merkte dies auch ein wenig, es tat aber dem künstlerischen Wert ihrer Vorträge keinen Abbruch, wenigstens für den, der sich nicht durch äußerliche Gesten imponieren ließ, sondern auf den wahren Kern der Kunstleistung zurückging. Das Programm wurde stark geändert. Schumanns „Armen Peter“ und „Die beiden Grenadiere“ konnten wir nicht hören. Dafür aber verschiedene Perlen von Schubert, vor allem das „Ständchen“, das, so oft man es auch gehört hat, diesmal einen reinen Genuß bedeutete. Einige altitalienische und französische Arietten und Lieder wurden mit schlichtem, geschmackvollem Empfinden gegeben.

Frau Szafrańska erwies sich als eine vornehme Künstlerin, die nicht nur Technik, sondern auch Geschmack besitzt und die darauf verzichtet, durch irgendwelche Mätzchen oder Konzessionen an das Publikum den rein künstlerischen Eindruck zu schwächen.

Und nun Herr Dygas. Seinen Höhepunkt bedeutete entschieden das Frühlingslied Siegmunds aus der Walküre „Winterstürme wichen dem Wonnemond“. Hier war die unruhige Bewegtheit, die Neigung zu starken Akzenten am Platze. Dieses Stück machte einen effektvollen Eindruck. Auch das religiöse Pathos von Rachmaninow „Der Herr ist auferstanden“ wurde angemessen wiedergegeben. Aber sonst war Herr Dygas, der über einen klangvollen Tenor verfügt, nur in den Partien seiner Vortragsstücke einwandfrei, wo es sich um ein stärker bewegtes Melos handelte. Unglücklich wirkte alles Zarte, Schmachtende, besonders wenn die Kopfstimme angewandt wurde. Diese Stellen klangen nicht überzeugend. Trotz alles Zappelns kam nur ein Eindruck zustande, der am besten mit den Worten „Kunsthonig“ und „Sacharin“ bezeichnet wird. Herr Dygas beherrscht gewiß die Technik des Gesanges vollkommen, das soll ihm nicht bestritten werden, aber es fehlt die Seele, das innere Mitempfinden. Keinen Augenblick vergißt dieser Sänger, daß er auf dem Podium steht, daß er Beifall ernten will. Bei Zuhörern mit geläutertem musikalischen Empfinden vernichtet dies geradezu jede Wirkung des technischen Könnens und läßt es überhaupt nicht zu einem künstlerischen Eindruck kommen. Man will keinen Musikautomaten hören — an einen solchen erinnerten auch die affektierten Bewegungen des Sängers —, sondern einen Menschen, der das, was er singt, mitempfindet. Herr Dygas schien es darauf anzulegen, einen solchen Verdacht nicht aufkommen zu lassen, wenn er sich regelmäßig schon verbeugte, während er noch den letzten gehaltenen Ton des Stückes sang.

Der Saal wies zwar große Lücken auf, der Beifall war aber für Herrn Dygas sehr stark, so daß man von stürmischen Ovationen sprechen kann. Dies beweist nur, daß ein großer Teil des Publikums sich von Äußerlichkeiten gefangen nehmen ließ.

Prof. Mikłaszewskis Begleitung war diesmal einwandfrei. Er hielt sich in der Klangstärke zurück und schmiegte sich überall dem Gesang an. M.

Klavierkonzert Lisicki.

Der Eindruck dieses Abends, der der Musik der polnischen Romantiker gewidmet war, war tief und nachhaltig. Die Klaviermusik Paderewskis zeichnet sich durch Farbenreichtum, geschickte Klangkombinationen und einen phantastischen Zug aus. Herr Lisicki zeigte, daß er ganz in dieser Welt heimisch ist. Der dämonische, gespenstige Zug der Variationen mit Fuge in Es-moll op. 23, der an den Stimmungsgehalt E. T. A. Hoffmanns oder Edgar Allan Poes gemahnt, wurde ebenso wahr zum Ausdruck gebracht wie die seelenvollen Stellen, die den unheimlichen Sturm einige Male unterbrechen. Den Charakter der Chopinschen Muse, das Vornehme, Elegante und Graziöse, wie den ritterlichen Elan traf der Künstler gleichfalls auf das Beste. Die Sonate in B-moll war ein erlesener Genuß. Der Künstler verstand sich zu zwei Zugaben: der Berceuse in Des-dur, die so duftig, wie zarte Brüsseler Spitzen gegeben wurde, und dem Walzer in Ges. Zygmunt Lisicki ist ein poetisch empfindender, innerlich gerichteter Künstler, den man nie ohne inneren Gewinn hören wird. M.

Großes Theater.

Die komische Oper wurde im bisherigen Spielplan des Großen Theaters etwas stiefmütterlich behandelt. Die Einstudierung von Aubers „Fra Diavolo“ bedeutet eine Besserung der Lage dieses Stiefkindes. Die erste Aufführung am Mittwoch der vergangenen Woche zeigte, daß an ihrer Vorbereitung sehr gewissenhaft gearbeitet worden war, und Herrn Kapellmeister Bojanowski gelang es, die anmutige Musik Aubers mit der erforderlichen Leichtigkeit vorzutragen. Die Rollen waren ausgezeichnet besetzt. Da es bei dieser Oper sehr wesentlich auf die Wirkung des Spiels ankommt, ist in erster Linie das sehr ergötzliche Räuberpaar der Herren Górski und Tarnawski (zugleich Spielleiter) zu nennen, die zwei echte „Fliegende Blätter“-Typen auf die Bretter stellten und mit ansteckendem Humor sangen und spielten. Herr Woliński als eleganter und ritterlicher Räuberhauptmann kann zwar auch in dieser Rolle die Vorzüge seines schönen Organs und seiner vornehmen Gesangskunst nicht verleugnen, ebensowenig aber eine gewisse liebenswürdige Gemütlichkeit seines Wesens, die nicht ganz zu dem Bilde des romantischen Briganten zu passen schien. Frl. Bandrowska ist eine hervorragend schön singende, sehr angenehm aussehende und sehr natürlich spielende Krugwirtstochter. Auch die übrigen Darsteller (Frl. Lenczewska, Herr Malawski, Herr Wawrzyniecki) zeigten sich am Freitag sowohl als Sänger wie als Schauspieler von der besten Seite.

Am Sonnabend gab es eine Ballettaufführung mit neuem Programm: drei größere „Tanzpoeme“ und einen bunten Teil. Man sah einzelne hübsche Leistungen, und hier und da vereinigten sich Tanz und Musik zu einheitlicher Wirkung. Meist aber geschah das nicht. Es war kein ganz befriedigender Abend. th.

Handel und Wirtschaft.

Wirtschaft.

Dollarversicherungen. Wirtschaftskreise haben darauf hingewiesen, daß die Polenmarkversicherungen den Versicherten am Tage der Auszahlung keine gleichwertige Summe garantieren. Der Finanzminister hat deshalb auf Antrag des Staatsamtes der Versicherungskontrolle polnischen Versicherungsgesellschaften den Abschluß von Versicherungsverträgen in Dollar gestattet. Die Genehmigungen werden den einzelnen Gesellschaften individuell erteilt. Jegliche Einzahlungen für Dollarversicherungen müssen an die Landesdarlehnskasse oder die Postsparkasse erfolgen. Die Abhebung der auf diese Weise erlangten Valuten und die Auszahlung in diesen Valuten kann gegen jedesmalige Genehmigung des Finanzministeriums vor sich gehen.

Zinnausfuhrverbot. Mit dem 5. November 1923 ist die Ausfuhr von Zinn aus dem Gebiet der Republik Polen verboten worden.

Messe in Prag. Die internationale Messe in Prag findet vom 16. bis 24. März 1924 statt. Ausländische Aussteller müssen ihre Anmeldung bis zum 31. Januar 1924 eingereicht haben.

Eine englische Elektrizitätsgesellschaft für Polen. In London ist eine englische Gesellschaft für den Bau von Elektrizitätsstationen, Straßen- und elektrischen Vorstadtbahnen in Polen gebildet worden. Das Kapital der Gesellschaft beträgt 100 000 Pfund Sterling. Die Gesellschaft emittiert 6proz. Obligationen, die nach 20 Jahren fällig sind.

Von den Banken.

Von der P. K. O. Das Direktionskomitee der Postsparkasse hat auf Antrag des Präsidenten Linde am 21. November beschlossen, 600 Milliarden Mark vom Reingewinn für das Jahr 1923 an den Staatsschatz abzuführen. Die täglichen Umsätze der Postsparkasse betragen gegenwärtig 1½ Billionen Mark.

Die Börse in Kattowitz. Das Finanzministerium wird demnächst im Ministerrat einen Gesetzentwurf über die Errichtung einer Geldbörse in Kattowitz vorlegen. Nach Einführung der neuen Börse treten alle früheren preußischen und späteren polnischen Vorschriften, die mit dem Börsengesetz vom 21. Januar 1921 nicht im Einklang stehen, außer Kraft.

Von den Aktiengesellschaften.

Browary Chełmińskie T. A. in Kulm. Die Generalversammlung findet am 10. Dezember 1923, nachm. 4 Uhr, in Bromberg in der Bank M. Stadthagen, ul. Jagiellońska 64, statt. (M. P. 268.)

„Peka" T. A., Fabrik für Eisenbahnzubehör in Bromberg. Die Generalversammlung findet am Sonnabend, dem 20. Dezember 1923, nachm. 3 Uhr, im Bureau der Aktiengesellschaft in Bromberg, ul. Gdańska 99, statt. (M. P. 268.)

„Oikos", Bauholz-Aktiengesellschaft, S. A. in Lemberg. Die Generalversammlung findet am 11. Dezember 1923, vorm. 11 Uhr, in den Geschäftsräumen der Aktiengesellschaft in Lemberg, ul. 3go Maja 11, statt. (M. P. 268.)

„Keramos", Porzellan- und Keramische Fabrik, T. A. in Posen. Die Generalversammlung findet am 5. Dezember 1923, vorm. 12 Uhr, in den Geschäftsräumen der Polski Bank Przemysłowe in Posen, St. Martinstr. 58, statt. In dieser Generalversammlung soll die Liquidation der A.-G. Keramos beschlossen werden. (M. P. 268.)

„Marynin" S. A. gibt bekannt, daß die Generalversammlung vom 15. Oktober 1923 beschlossen habe, das Aktienkapital um 100 Millionen Mkp. nom. zu erhöhen. Es werden Aktien V. Emission zu 5000 Mk. nom. in Höhe von 20 000 Stück ausgegeben werden. Der Emissionspreis für die jungen Aktien ist auf 60 000 Mk. nom. festgesetzt. Die Aktionäre erhalten auf drei alte Aktien zwei junge. Die jungen Aktien sind ab 1. Januar 1924 dividendenberechtigt. Das Bezugsrecht erlischt am 6. Dezember 1923. Ausgebende Banken: Bank Towarowy in Warschau, ul. Moniuszki 21, und Bank Pozn. Ziemstwa Kredytowego in Posen, ul. Wjazdowa.

Von den Märkten.

Edelmetalle. Warschau, 23. 11. 23. (In freiem Verkehr für 1 Gr. fein in 1000 Mkp.): Gold 2050, Silber 62, Platin 9300—9500, Goldrubel 1750, Silberrubel 1050.

Metalle. London, 22. 11. 23. Standardkupfer 60.3.9, drei Monate 61.1.9, Elektrolitkupfer 66.15, Standardzinn 223.2.6, drei Monate 223.12.6, Blei bar 30.5, drei Monate 28.5, Zink bar 32.13.9, drei Monate 33.1.3, engl. Antimon 42.5, Quecksilber 10.

Börse.

Warschauer Börse vom 24. 11. 23. Die Börse am heutigen Sonnabend war für Devisen überwiegend fest. Der Dollar hielt sich offiziell auf 2 900 000, das Engl. Pfd. auf 12 650 000. Für den Goldfrank wurden 558 500 Mk. gezahlt, der Schweizer Frank brachte 506 500, der holl. Gulden 1 105 000, die Tschechenkrone 83 575. Für die Goldanleihe ist der Kurs von 5 000 000, für die Miljonów a 32 000, für den Złotybon der Kurs von 485 000—450 000 genannt. Am Effektenmarkt ist teilweise eine festere Haltung zu verzeichnen. Die Unlust hat nachgelassen und eine Verstärkung tritt auf. Es werden für notierte Werte nachstehende Kurse genannt: Bankwerte: Diskontowy 3000, Handel i Przemysł 600, Handlowy + 2225 Kredytowy + 800, Małopolski 600 Spółdzielczy 1650 Zachodni + 3600, Związku Spółek Zarobk. + 2775, Polski Bank Handlowy 975. Industriewerte: Czrata — 130 Sole Potasowe 3550, Krzemski + 2025, Puls + 240, Spieß u. Sohn + 720, Wildt 240 Chodorów — 3500, Michałow + 1200, Częstocice + 4350. Tow. Fabr. Cukru — 4450 Cegielski + 550, Fitzner u. Gamper + 6350, Modrzejów + 7500, Pocisk 305 Ortwein 200, Starachowice + 2775 Ursus + 550, Zieleniewski + 9900, Żyrardów 275 000, Zawiercie 330 000, Haberbuch + 3500 Polska Nafta + 205, Nobel 630 Spirytus + 2300, Konopie 360, Tkanina 60, Brown Boveri + 2850. Polbal 875, Kabel + 650, Ćmielów 550.

Warschauer Börse vom 24. November. (Markt der notierten Werte). Nitrat 130, Lokomotywy 300, Lechita 75—80 Kauczuk 110, Machlejd 290—300, Hurt. Opał. 30 Cybie 7000, Kujawy 45 000, Zbiersk 775, Zduny 40 000, Gazy Ziemne 18 500 Jaworzno 16 500—17 000, Zagożdżon 100, Przem. Terpentynowy 210 (I. Em.), 130 (II. Em.), Czempin 80, Zieloler 215, Wiór 70, Polski Nurozat 75, Sarmańska Huta Szklana 60.

Posener Börse. Der Börsenrat hat in seiner Sitzung vom 23. November 1923 beschlossen, nachstehend aufgeführte Aktiengesellschaften bzw. Neuemissionen zum offiziellen Handel und zur Notierung an der Posener Börse zuzulassen. 1. 120 Millionen Mark nom. II. Em. Młyn Ziemiański. 2. 50 Millionen Mark nom. I.—II. Em. Centrala Przemysłu Rzeźnickiego. 3. 30 Millionen Mark nom. IV. Em. Młyn Poznański 4. 57 Millionen Mark nom. III. Em. „Wisła", Holzgroßhandlung 5. 120 Millionen Mark nom. II. Em. Hartwig Kantorowicz. 6. 55 Millionen Mark nom. III. Em. Spółka Stolarska 7. 30 Millionen Mark nom. I.—II. Em. Wielkop. Hurt. Szkła. 8. 804 Millionen Mark nom. III. Em Płótno 9. 50 Millionen Mark nom. II. Em Bank Młynarzy 10. 300 Millionen Mark nom. IV. Em. Serie B Pneumatik 11. 100 Millionen Mark nom. I.-II. Em. „Juta". 12. 20 Millionen Mark nom. VI. Em. Bank Centralny. Die Notierung an der Börse erfolgt vom Tage der Veröffentlichung an.

Die P. K. K. P. zahlte am 23. 11. für Goldmünzen (in Klam. Silbermünzen): Rubel 1 272 500 (846 100), Mark 583 200 (350 0 0), Krone 501 100 (193 200) lateinische Münzeinheit 477 200 (1962 0) Dollar 2 474 000 (1 130 900) Pfund Sterling 12 033 000 (sh. 245 800) schwedische Krone 362 800 (282 600), holländischer Gulden 994 300 (444 2 0), österr. Dukaten 5 653 000 (fl. 522 200) belgische und holländische Dukaten 5 645 000, türkische Pfund 10 850 000. 1 g Reingold 1 644 070 (47 000).

Die poln. Mark am 23. Nov. Danzig: 1.915—1.955 (Parität: 513 000). Auszahlung Warschau 1.795—1.805 (Parität: 554 500). Wien: Auszahlung Warschau 220—260 (Parität: 41.65) Budapest: 0.50—0.70 (Parität: 16.66) Prag: 12.25—13.75 (Parität: 76 800). Auszahlung Warschau 13.75—14.75 (Parität: 71 400) Neuyork: Auszahlung Warschau 0.00004 (Parität: 2 500 000). London: Auszahlung Warschau 0.000001 (Parität: 10 005 000). Zürich: 0.00025 G., 0.0003 B. (Parität: 400 000 G., 333 333 B.)

Ostdevisen wurden am 24. 11. 23 von der halbamtlichen Kommission in Berlin wie folgt notiert: Auszahlungen: Bukarest 20 895 G., 20 105 B., Kattowitz 1 629 000 G., 1 671 000 B., Riga 16 872 G., 17 128 B., Reval 11 910 G., 12 090 B., Kowno 415 800 G., 424 200 B. Notennotierungen: Polnische Mark 1 608 000 G., 1 692 000 B., Lettischer Rubel 16 090 G., 16 910 B., Estnische Mark 11 310 G., 11 890 B., Lit. 404 985 G., 407 015 B. Repartierungen: Bukarest 1 %, Kattowitz 4 %, Riga und Reval 5 %, Kowno und Polennoten 1 %, Letten 10 %, Esten voll. Lit. 2 %.

Züricher Börse vom 23. November 1923 (Amtlich). Neuyork 5725, London 25,10, Paris 31,10, Wien 0,00805 Prag 16 66, Mailand 24,90, Brüssel 25,85, Ofenpest 0,0304 Sofia 4 80, Amsterdam 218,10, Kristiania 84 25, Kopenhagen 99 50, Stockholm 150 50 Madrid 74,50, Bukarest 2,75, Belgrad 6 57, Athen 9.—, Konstantinopel 3 17.

Die Goldmark in Polen, errechnet aus dem Dollarkurs der Warschauer Vorbörse vom 26. 11. 23 (1 Dollar = 4.20 Goldmark) 763 500 Mkp.

Danziger Dollarparität, errechnet aus dem Guldenkurs der Danziger Vorbörse in bezug auf den Dollar in Danzig vom 26. 11. 23, 1 Dollar = 3 135 000 Mkp. (1 Dollar = 4.20 Goldmark), 1 Goldmark = 746 500 Mkp.

Danziger Mittagskurse vom 26. November.

1 Million poln. Mark .... 1,85 Gulden
1 Dollar .... 5,80 „

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 26. November 1923.

(Ohne Gewähr.)
Die Großhandelspreise verstehen sich für 100 Kg. bei sofortiger Waggon-Lieferung.)

Roggen	5 000 000—5 400 000	Roggenmehl	8 200 000—8 700 000
Hafer	4 200 000—4 500 000	Weizenkleie	3 500 000
Gerste	4 200 000	Roggenkleie	3 000 000
Braugerste	4 500 000—5 000 000	Eßkartoffeln	1 000 000

Wegen Angebotmangels nur unbedeutende Umsätze. — Tendenz: fest.

Kurse der Posener Börse.

Bankaktien:	26. November	24. November
Kwilecki, Potocki i Ska. I.-VIII. Em.	—.—	120 000
Bank Przemysłowców I.—II. Em.	200 000	180 000—210 000
Bank Zw. Spółek Zarobk. I.-XI. Em.	300 000	300 000
Polski Bank Handl., Poznań I.—IX.	110 000—130 000	100 000
Pozn. Bank Ziemian I.—V. Em.	45 000—50 000	40 000—45 000
Wielkop. Bank Rolniczy I.-IV. Em.	6000	—.—
Industrieaktien:		
Arcona I.—V. Em. (exkl. Kup.)	120 000—115 000	110 000
Bydgoska Fabryka Mydeł I. Em.	33 000—35 000	—.—
R. Barcikowski I.—VI. Em.	28 000—27 000	—.—
Browar Krotoszyński I.—IV. Em.	240 000	230 000
Centrala Przemysłu Rzeźnickiego I.—II. Em.	45 000	
H. Cegielski I.—IX. Em.	60 000	60 000
Centrala Rolników I.—VII. Em.	14 000—13 000—13 500	11 000
Centrala Skór I.—V. Em.	160 000—170 000	—.—
Dębienko I.—IV. Em.	—.—	100 000
Garbarnia Sawicki, Opalenica I. Em.	55 000	50 000
Galwana	22 000	21 000
Goplana	75 000	—.—
C. Hartwig I.—VI. Em. ohne Kup.	43 000	43 000
Hartwig Kantorowicz I.—II. Em.	280 000	—.—
Hurtownia Drogeryjna I.—III. Em.	—.—	5 500—6 000
Hurtownia Związkowa I.—IV. Em	5 500	5 500
Hurtownia Skór I.—III. Em.	—.—	35 000
Herzfeld-Viktorius I.—II. Em. o. Kup.	420 000—425 000	400 000
Hurt. Spółek Spożywców I.-II. Em.	—.—	25 000
Hurtownia Szkła Wielkop. I.-II. Em.	15 000	
Iskra I.—III. Em.	125 000	120 000
Lubań. Fabryka przetw. ziemn. I.-IV. (exkl. Kup.)		5 700 000
Len w Toruniu	300 000	250 000—300 000
Dr. Roman May I.—IV. Em. (exkl. Kup.)	2 950 000—3 000 000	2 900 000—3 000 000
Marynin Zakł. ogrodn. w Warszawie	—.—	75 000
Młyn Ziemiański I.—II. Em.		90 000
Mynotwórnia I.—V. Em.	70 000	70 000
Orient I.—II. Em.	15 000—18 000	—.—
Płótno I.—III. Em.	75 000—70 000	75 000—70 000
Papiernia, Bydgoszcz I.—IV. Em.	40 000	40 000
Patria I.—VIII. Em.	45 000	45 000—48 000
Pozn. Spółka Drzewna I.-VII. Em.	115 000—120 000	120 000—105 000—110 000
Pneumatik I.—IV. Em. Ser. B o. B.	8000	7000—8000
Bracia Stabrowscy (Zapałki) I. Em.	750 000	650 000—700 000
Spółka Stolarska I.—III. Em.	—.—	140 000—150 000
Sarmatia I.—II. Em.	90 000	90 000
Starogradzka Fabr. Mebli I.-II. Em. exkl. Kup.	38 000	—.—
Tkanina I.—IV. Em.	—.—	40 000
„Unja" (früher Bengzki) I. u. III. Em. ohne Kup.	700 000	630 000—650 000
Waggon Ostrowo I.—IV Em.	—.—	130 000
Wisła, Bydgoszcz I.—III. Em.	1 200 000	1 050 000—1 200 000
Wytwornia Chemiczna I.—IV. Em.	16 000	16 000
Wyroby Ceramiczne I.-II. Em	150 000	—.—
Zjed. Browar. Grodziskie I.—IV. Em.	85 000—100 000	90 000—85 000

Tendenz: nicht einheitlich.

Berichtigung: Im amtlichen Börsenzettel vom 24. November muß der Kurs von Tkanina 40 000 lauten; Tartak we Wrześni wurde nicht gehandelt.

Warschauer Vorbörse vom 26. November.

Deutsche Mark —.—. Dollar 2 950 000—3 300 000. Engl. Pfund 12 650 000. Schweizer Franken 506 000. Französischer Franken 155 000.

Warschauer Börse vom 24. November.

Devisen:

Belgien	134 000—133 000	Paris	156 000
Berlin und Danzig	—.—	Prag	83 375
London	12 700 000—12 650 000	Schweiz	506 500
Neuyork	2 900 000	Wien	40,75
Holland	1 105 000	Italien	125 000—124 750
Goldfrank	558 500	Złotybons	440 000—485 000—450000

Die heutige Ausgabe hat 6 Seiten.

Hauptschriftleitung: Dr. Wilhelm Loewenthal.
Verantwortlich: für Polen und Osteuropa Dr. Wilhelm Loewenthal; für den übrigen politischen Teil Dr. Martin Mertter; für Stadt und Land Rudolf Herbrechtsmeyer; für Handel und Wirtschaft und den übrigen unpolitischen Teil Robert Styra; für den Anzeigenteil M. Grundmann. — Druck u. Verlag der Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt, T. A., sämtlich in Poznań.